A n h a n g

A n n e x e s

1 - 17

zum Stadtratsprotokoll Nr. 3

vom 15. März 2018

au procès-verbal n° 3

du 15 mars 2018

Anhang Nr. 1

Beantwortung

des dringlichen Postulats 20170315, GPK, «Konzept für das städtische Angebot im Bereich der Alters- und Pflegeinfrastruktur»

Das dringliche Postulat verlangt die Erarbeitung eines Gesamtkonzepts für das Angebot der Stadt Biel in der Alters- und Pflegeinfrastruktur. Das Konzept soll eine Bedarfsanalyse, Ziele, Finanzplan und für die einzelnen Standorte Betriebskonzepte enthalten sowie den Renovationsbedarf inklusive Prioritäten ausweisen. Der Vorstoss geht auf das Geschäft «Teilsanierung des Alters- und Pflegeheims Redernweg» zurück, bei dem die GPK Fragen zur Gesamtkonzeption der städtischen Heime gestellt hat.

Einleitende Bemerkungen

Der Gemeinderat kann das Anliegen der GPK nachvollziehen. Bei Bauprojekten sind Informationen zur Tragbarkeit des Vorhabens und wie im vorliegenden Fall zur Entwicklung des Betriebs des Alters- und Pflegeheim Redernweg erforderlich. Der Gemeinderat möchte darauf hinweisen, dass der zuständigen Direktion Bildung, Kultur und Sport beim Geschäft Teilsanierung Redernweg diese Informationen weitgehend zur Verfügung gestanden sind: Die Tragbarkeit der Investitionen wurde im Vorfeld durch die Direktion und die Abteilung Betagtenheime abgeklärt mit dem Resultat, dass die in den ersten Jahren anfallenden Defizite dank dem vorhandenen Eigenkapital von 7.6 Millionen Franken für den Betrieb verkraftbar sind. Der Betrieb im APH Redernweg sollte ab 2024 erneut Rückstellungen tätigen können. An dieser Stelle ist zu erwähnen, dass in den vergangenen Jahren die vier städtischen Heime keinen Verlust erzielten, welcher über den steuerfinanzierten Haushalt hätte gedeckt werden müssen. Allfällige Verluste in einzelnen Heimen konnten jeweils durch die Gewinne der anderen Heime kompensiert werden.

Die vier städtischen Betagtenheime verfügen über eine Betriebsbewilligung des Kantons. Eine der Bedingungen zum Erhalt und zur Aufrechterhaltung dieser Bewilligung ist unter anderem das Betriebskonzept. Jedes von der Stadt Biel betriebene Heim verfügt über ein Betriebskonzept.

Auftrag des Stadtrates

Der Stadtrat hat den Gemeinderat am 21. September 2017 beauftragt, eine neue Struktur mit verbesserter Organisation der städtischen Alters- und Pflegeheime innerhalb der Stadtverwaltung zu erarbeiten. Dabei sind als Eckwerte u.a. eine zeitgemässe Infrastruktur, attraktive Arbeitsbedingungen und die Finanzierungsstrukturen zu beachten. Dem Stadtrat ist bis Juni 2018 hierzu zu berichten. Der Auftrag deckt sich in mehreren Punkten mit den Forderungen des Postulats.

Anfang 2018 werden die neuen Co-Leiter die Abteilungsleitung der Städtischen Betagtenheime übernehmen. Ihr Auftrag ist es, eine Strategie für die städtischen Betriebe inklusive Tageszentrum und unter Berücksichtigung der Alterswohnungen der Stiftung für Betagtenwohungen zu erarbeiten. Dieser Auftrag hat neben der Sicherstellung des laufenden Betriebes und der Erfüllung sämtlicher Auflagen Priorität.

Im Sinne der vorangehenden Ausführungen beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat, das dringliche Postulat 20170315 erheblich zu erklären.

Biel, 6. Dezember 2017

Namens des Gemeinderates

Der Stadtpräsident: Der Vize-Stadtschreiber:

Erich Fehr Julien Steiner

Beilage
- Dringliches Postulat 20170315

Vorstoss Nr./Interv. no: 170315
Termin [illegible]: 06.12.17
Direktion: BKS
Mitbericht/Co-Rapport: BSU, FIN

Stadtkanzlei/Chancellerie municipale

Dringliche GPK ~~Motion~~ Postulat
„Konzept für das städtische Angebot im Bereich der Alters- und Pflegeinfrastruktur"

Wir beantragen die dringliche Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes für das Angebot der Stadt Biel im Bereich der Alters- und Pflegeinfrastrukturen. Zwingende Bestandteile dieser Strategie sollen sein:

1. Bedarfsanalyse (Anzahl Nachfragende, Art der Nachfrage, Wettbewerbssituation, Prognose)
2. Zielsetzung des Gemeinderats über die Positionierung des städtischen Angebotes (inkl. der Abgrenzung zur Konkurrenz)
3. Finanzierung (inkl. Einbettung in regulatorische Entwicklungen)

Darauf aufbauend:

4. Betriebskonzepte (pro Infrastruktureinheit, inkl. Kostenberechnungen und Ertragsabschätzungen, Bericht über die Einhaltung der qualitativen Standards)
5. Renovationsbedarf (über die Gesamtheit der Infrastrukturen) inklusive Priorisierungsschritte

Begründung:
Das Geschäft über die Teilsanierung des Alters- und Pflegeheims Redernweg und die darin fehlenden Informationen zu den wirtschaftlichen Aspekten der Betriebsführung haben etliche Fragen aufgeworfen. Einzig die bauliche Dringlichkeit hat die GPK dazu bewogen, keinen Rückweisungsantrag mit dem Auftrag der Einbettung in ein betriebliches Konzept zu verlangen.

Der demografische Wandel bringt nicht nur eine Veränderung der Nachfrage im Allgemeinen, sondern auch eine Zunahme altersbedingter Erkrankungen wie Demenz. Die gesellschaftlichen Wertmassstäbe verändern sich. Politische Entscheidungen zu Bedarfsplanung und Finanzierung stehen an. Der ausgetrocknete Personalmarkt aber auch die Konkurrenz durch 24-Stunden-Betreuung durch ausländische Fachkräfte sind wohl die grössten Herausforderungen in diesem Bereich.

Der Blick auf die aktuellen Entwicklungen, aber auch auf die nicht kostendeckende Betriebsführung im Heim Redernweg macht klar, dass ein Weiterfahren im „status quo"-Modus wenig sinnvoll ist. Die Stadt Biel verfügt aber über kein Gesamtkonzept über das städtische Angebot im Bereich der Alters- und Pflegeinfrastruktur.

Dieses Manko muss schnellstmöglich behoben werden. Der Finanzbedarf in diesem Bereich kann hoch sein und muss in den Investitionsplanungen korrekt abgebildet werden. Mit dem Setzen korrekter Parameter schafft es die Stadt Biel – als Eignerin und Betreiberin dieser Institutionen – Defizite zu eliminieren und Wertschöpfung zu generieren.

Biel, 19.10.17

Für die GPK
Sandra Gurtner-Oesch

Lena Frank, Grüne
Caroline Jeanquartier, PSR
Natasha Pittet, PRR
Salome Strobel, SP
Andreas Suter, parteilos

Anhang Nr. 2

Beantwortung

des dringlichen Postulats 20170343, Peter Bohnenblust, FDP, «Fakten-Check für Vorschlag A5 «Westast so besser»

Das Postulat ersucht den Gemeinderat, zusammen mit dem Kanton Bern, den betroffenen Gemeinden und dem ASTRA, den Vorschlag «Westast so besser» (Westumfahrung A5) einem Fakten-Check zu unterziehen.

Der Gemeinderat ist für ein Alternativprojekt offen, wenn es die gleiche verkehrliche Entlastung mit sich bringt wie die geplante Variante. In diesem Sinn ist er bereit, die präsentierten Alternativvorschläge –auch unter Berücksichtigung ihrer Auswirkungen auf die geplanten verkehrsflankierenden Massnahmen- in Zusammenarbeit mit dem Bund und dem Kanton zu prüfen, sofern diese einverstanden sind. In welcher Form die Berichterstattung an den Stadtrat erfolgen wird, ist zum gegebenen Zeitpunkt noch offen. Der Gemeinderat weist an dieser Stelle jedoch bereits darauf hin, dass eine Berichterstattung lediglich im Sinne einer Kenntnisnahme erfolgen kann, da der Bauherr bekanntlich der Kanton ist und er über das konkrete Projekt zu befinden hat.

Gleichlautende Vorstösse sind im Grossen Rat als auch im Stadtrat von Nidau deponiert worden. Sobald die in Zusammenarbeit mit dem Bund (ASTRA) und dem Kanton erfolgte Analyse vorliegt, wird der Gemeinderat die weiteren Schritte im Hinblick auf die Berichterstattung an den Stadtrat einleiten.

Aus den genannten Gründen beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat, das dringliche Postulat 20170343 erheblich zu erklären.

17. Januar 2018

Namens des Gemeinderates

Der Stadtpräsident: Die Stadtschreiberin:

Erich Fehr Barbara Labbé

Beilage:
Dringliches Postulat 20170313

Vorstoss Nr./Interv. no: 170313
Termin GR/Délai CM: 13.12.17
Direktion/Direction: PRA
Mitbericht/Corapport: BCU

Dringliches Postulat

Stadtkanzlei/Chancellerie municipale

Fakten-Check für Vorschlag A5 „Westast so besser"

Antrag:
Der Gemeinderat von Biel wird gebeten, zusammen mit dem Kanton Bern, den betroffenen Gemeinden und dem ASTRA den Vorschlag „Westast so besser" (Westumfahrung A5)

1. Einem Fakten-Check zu unterziehen
   und die Resultate
2. In einem Bericht an den Stadtrat –
3. Und in geeigneter Form der Öffentlichkeit zu präsentieren.
4. Der Fakten-Check (Gegenüberstellung mit dem offizielles Ausführungsprojekt) enthält vorerst insbesondere
   a) Verkehrliche Auswirkungen auf die Stadt Biel sowie die Region (wie Quartierentlastungen, regionaler Verkehr, Gesamtmobilität)
   b) Grundsätzliche bauliche und technische Machbarkeit, Kostenfolgen, Auswirkungen auf die Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft (Nachhaltigkeit)
   c) Vor- Nachteile, bzw. Auswirkungen einer Sistierung des laufenden Projekts

Begründung:
Ob der Vorschlag „Westast so besser" eine wirkliche Alternative ist, dies ist heute eine reine Behauptung. Es gilt insbesondere die Aussagen betreffend Verkehr und die verlockenden Angaben von kürzerer Bauzeit, massiven tieferen Kosten und die Eingriffe ins Stadtbild von Biel und Nidau zu prüfen und gesamthaft zu vergleichen. So hat der Stadtpräsident von Biel zu Recht darauf hingewiesen, dass betreffend Verkehr insbesondere der Entlastungseffekt geprüft werden muss.
Sofern der neue Vorschlag vergleichbare Ergebnisse bringt und die grundsätzliche Machbarkeit als gegeben beurteilt wird, kann in einem zweiten Schritt die technische Machbarkeit im Detail geprüft werden (vgl. auch Vorstoss im Grossen Rat von Peter Moser und Mitunterzeichner).
Positiv zu werten ist, dass bei diesem neuen Vorschlag die Notwendigkeit einer Autobahn nicht mehr bestritten wird.

Biel/Bienne 16. November 2017

Peter Bohnenblust, FDP.Die Liberalen

Anhang Nr. 3

Beantwortung

der dringlichen Interpellation 20170347, Lena Frank, Fraktion Grüne, «Die «No Billag-Initiative» und die Konsequenzen für die Bieler Medienlandschaft»

Die Interpellantin stellt im Zusammenhang mit der am 4. März 2018 zur Abstimmung gelangenden Volksinitiative „Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren" die folgenden Fragen:

1. *Wie schätzt der Gemeinderat die Gefahr bei der Annahme der „No-Billag-Initiative" ein?*
2. *Sieht der Gemeinderat die Medienvielfalt in Biel bedroht?*
3. *Wie viele Arbeitsplätze sind durch die Annahme der „No-Billag-Initiative" in Biel bedroht?*
4. *Was gedenkt der Gemeinderat zu tun, um den Verlust von Arbeitsplätzen abzuwenden?*
5. *Wie steht der Gemeinderat zur „No-Billag-Initiative"?*

Der Gemeinderat nimmt zu den einzelnen Fragen wie folgt Stellung:

1. Die Annahme der Volksinitiative «zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren» («No-Billag-Initiative») hätte für die Medienlandschaft Schweiz tiefgreifende Folgen, auf die der Gemeinderat im Folgenden eingehen wird. Die Hauptgefahr einer Annahme der Initiative besteht aus seiner Sicht darin, dass der breite Versorgungsauftrag gemäss Bundesverfassung nicht mehr gewährleistet wäre. Damit wäre eine Medienpolitik, welche u.a. die sachgerechte und vielfältige Berichterstattung in allen Sprachregionen garantiert, faktisch nicht mehr möglich. Die Annahme der «No-Billag-Initiative» hätte zudem für den sprachlichen Zusammenhalt gravierende Folgen, da über 25% der in der Deutschschweiz eingenommenen Gebührengelder an die drei kleineren Sprachregionen weitergegeben werden und dies nach einer Annahme nicht mehr möglich wäre. Dadurch bestünde die Gefahr einer Verarmung des Angebots sowie eines Verlusts an kultureller und, aus Sicht der Stadt Biel besonders schwerwiegend, sprachlicher Programmvielfalt, da das System des sprachregionalen Finanzausgleichs innerhalb der SRG nicht mehr greifen könnte.
2. Der Gemeinderat weist darauf hin, dass landesweit insgesamt 9 nichtkommerzielle Radios, 12 kommerzielle Lokalradios, 13 Lokalfernsehsender sowie sämtliche Radio- und Fernsehkanäle der SRG heute Anteile der Radio- und Fernsehgebühren erhalten. Sie erfüllen im Gegenzug Service Public Leistungen, indem sie einen grossen Teil der Bevölkerung in den vier Landessprachen erreichen. Bezogen auf Biel leisten Canal 3 und Telebielingue einen wesentlichen Beitrag zum Verständnis und Zusammenhalt beider Sprachgemeinschaften. Aus Sicht des Gemeinderates ist nach einer allfälligen Annahme der Initiative nebst dem drohenden Verlust von Arbeitsplätzen (vgl. hierzu Punkt 3) somit auch die Gefahr einer Schwächung der gelebten Zweisprachigkeit hervorzuheben. Zudem würden kommerzielle wie auch nichtkommerzielle Anlässe der lokalen und regionalen Wirtschaft, des Sports sowie der Kultur und Politik in Biel und seiner Region eine bedeutende Plattform verlieren.
3. Das Angebot von TeleBielingue und Canal 3 könnte nicht mehr weiterbestehen, da es auf den Gebührenbeitrag aus dem «Billag-Topf» zwingend angewiesen ist. Somit wären unmittelbar 50 Arbeitsplätze betroffen. Auch jene von Teletext (Tochterunternehmung der SRG) wären im Umfang von insgesamt 79 Stellen gefährdet.

4. Der Gemeinderat verfügt über keine unmittelbaren Instrumente, Verluste von Arbeitsplätzen abzuwenden. Er erinnert daran, dass gute Rahmenbedingungen namentlich auf Bundes- und Kantonsebene der beste Garant sind, dass Unternehmungen Arbeitsplätze erhalten bzw. ausbauen können. Die Stadt Biel setzt im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles daran, ihrerseits gute Rahmenbedingungen bereitzustellen, so z.B. durch Abgabe des Baulands im Baurecht zu attraktiven Bedingungen. Steht wie vorliegend eine eidg. Volksinitiative zur Abstimmung, die nebst dem drohenden Verlust von Arbeitsplätzen in Biel schwerwiegende staatspolitische Konsequenzen haben kann, verfolgt der Gemeinderat im Vorfeld einer solchen Entscheidung eine aktive Informationspolitik.
5. Aufgrund der obigen Ausführungen steht der Gemeinderat der fraglichen Volksinitiative ablehnend gegenüber.

Biel, 13. Dezember 2017

Namens des Gemeinderates

Der Stadtpräsident:	Die Stadtschreiberin:
Erich Fehr	Barbara Labbé

Beilage:
Dringliche Interpellation 20170347

GRÜNE LES VERTS BIEL/BIENNE

Vorstoss Nr./Interv. no: 170317
Termin GR/Délai CM: 13.12.17
Direktion/Direction: PRA
Mitbericht/Corapport:

Stadtkanzlei/Chancellerie municipale

Dringliche Interpellation: Die „No Billag-Initiative" und die Konsequenzen für die Bieler Medienlandschaft

Im kommenden März kommt die eidgenössische Volksinitiative „Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren" (Abschaffung der Billag-Gebühren, „No Billag-Initiative") zur Abstimmung. Die Initiative will, dass der Bund oder durch ihn beauftragte Dritte keine Radio- und Fernsehempfangsgebühren mehr erheben dürfen. Stattdessen soll der Bund Radio- und Fernsehkonzessionen versteigern. Insbesondere wird Abs. 2 von Art. 93 BV gestrichen, welcher bisher lautet: „Radio und Fernsehen tragen zur Bildung und kulturellen Entfaltung, zur freien Meinungsbildung und zur Unterhaltung bei. Sie berücksichtigen die Besonderheiten des Landes und die Bedürfnisse der Kantone. Sie stellen die Ereignisse sachgerecht dar und bringen die Vielfalt der Ansichten angemessen zum Ausdruck."

Die Auswirkungen bei einer Annahme von „No Billag" sind klar: Sowohl die SRG-Radio- und Fernsehsender wie auch schweizweit 34 konzessionierte private Lokalradio- und Regionalfernsehveranstalter erhalten keine Gebühren mehr. Sind diese Sender nicht in der Lage, innert kürzester Zeit alternative Finanzierungsmöglichkeiten zu finden, ist eine Schliessung nicht ausgeschlossen. Mit einer möglichen Schliessung von öffentlichen und privaten Radio- und Fernsehsendern stehen gemäss Berechnungen des BAK Basel in der ganzen Schweiz rund 13'500 Arbeitsplätze auf dem Spiel.

In Biel erhalten das Telebielingue und Canal3 private Gebührengelder und wären somit von einer Annahme der Initiative direkt betroffen. Neben einer Verarmung des publizistischen und kulturellen Angebots stehen auch Bieler Arbeitsplätze auf dem Spiel.

Der Gemeinderat wird deswegen gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie schätzt der Gemeinderat die Gefahr bei der Annahme der „No Billag-Initiative" ein?
2. Sieht der Gemeinderat die Medienvielfalt in Biel bedroht?
3. Wie viele Arbeitsplätze sind durch eine Annahme der „No Billag-Initiative" in Biel bedroht?
4. Was gedenkt der Gemeinderat zu tun, um den Verlust von Arbeitsplätzen abzuwenden?
5. Wie steht der Gemeinderat zur „No Billag-Initiative"?

Biel/Bienne, 15.11.2017

Lena Frank
Grüne Fraktion

Anhang Nr. 4

Beantwortung

des überparteilichen Postulats 20170292, Dana Augsburger-Brom, SP, Fritz Freuler, Grüne, Lena Frank, Grüne, «Demokratische Medienvielfalt sichern»

Das Postulat lädt den Gemeinderat ein, die ihm zur Verfügung stehenden Massnahmen zur Erhaltung der Medienvielfalt in der Region zu prüfen, namentlich:

1. *Intervention beim Medienunternehmen Tamedia, um die Aufrechterhaltung der lokalen Medienvielfalt durch die Weiterführung der voneinander publizistisch unabhängigen, regionalen Tageszeitungen einzufordern.*
2. *Prüfung der möglichen Einflussnahme zur langfristigen Sicherung der Arbeitsstellen in den betroffenen Medienhäusern, damit die Medien ihre demokratiepolitischen Funktionen weiterhin wahrnehmen können.*
3. *Entwicklung von Instrumenten der indirekten und direkten Medienförderung, damit die Stadt, die Region und der Kanton Bern die hiesige publizistische Medienvielfalt unterstützen können.*

Der Gemeinderat hält einleitend fest, dass Medienvielfalt für demokratiebildende Prozesse unabdingbar ist und zur Meinungsbildung in der Bevölkerung beiträgt. Die Medien spielen in einer Demokratie eine wesentliche Rolle und gelten zu Recht als vierte Gewalt. Wie in der Begründung des Postulats erwähnt, geschieht dieser Prozess heute über verschiedenste Kanäle. Die Entwicklungen der jüngsten Zeit zeigen, dass die Printmedien zugunsten der Onlinemedien – die oft gratis sind – an Gewicht verlieren. Medienhäuser geraten damit zunehmend unter Druck, da ihre Werbeeinnahmen als tragende Säule stark rückläufig sind. Manche Medienhäuser versuchen diesem Trend zu folgen, indem sie selber Online-Marktplätze bilden. Eine zunehmende Medienkonzentration und Zentralisation der Redaktionen – wie sie auch bei der Tamedia ab 1. Januar 2018 erfolgen wird - ist eine der Hauptfolgen. Gemäss einer Untersuchung der Universität Zürich waren 2016 82% der schweizer Medienerzeugnisse im Besitz von 3 Verlagsgruppen (Tamedia, Ringier und NZZ-Gruppe), während 2001 dieser Anteil noch 56% betrug. In der Westschweiz fällt die Medienkonzentration noch drastischer aus: Hier beträgt der entsprechende Anteil für das Jahr 2016 90% (2001: 71%). Diese Tendenzen sind Anlass zur Sorge, da die zunehmende Medienkonzentration auf wenige grosse Anbieter den Ideenwettbewerb und damit die publizistische und politische Vielfalt naturgemäss einzuschränken drohen, was einer freiheitlichen Demokratie nicht förderlich ist, da diese auf Meinungspluralismus zwingend angewiesen ist. Parallel zu diesen Entwicklungen sind aber auch interessante Eigeninitiativen zu beobachten. Zu erwähnen ist etwa eine in Zürich ansässige gemeinnützige Genossenschaft, welche mit dem «Project R» die Online-Qualitätszeitung «die Republik» lanciert und zu diesem Zweck bis heute über 13'000 Unterstützerinnen und Unterstützer gefunden hat. Dies zeigt, dass in einer freiheitlichen Demokratie Eigeninitiative und Pioniergeist wesentliche Impulse setzen können – auch bezüglich der medialen Vielfalt.

Der Gemeinderat nimmt zu den einzelnen Fragen wie folgt Stellung:

1. Der Gemeinderat verfügt über keine Instrumente, um bei einem privaten Medienunternehmen wie der Tamedia direkt zu intervenieren und Forderungen aufzustellen, wie sich ein Unternehmen auf dem Markt positionieren bzw. entwickeln soll. Er erinnert daran, dass wirtschaftspolitische Massnahmen, die den freien Wettbewerb behindern, grundsätzlich unzulässig sind und auf Gemeindeebene mangels gesetzlicher Grundlagen ohnehin nicht eingefordert werden könnten. Der Gemeinderat ist mit anderen Worten weder befugt noch dazu berufen, auf strategische Entscheidungen einer privaten Unternehmung einzuwirken. Er appelliert

jedoch an die Medienunternehmen, die Rahmenbedingungen, welche für eine demokratische Medienvielfalt unabdingbar sind, zu beachten und ihre diesbezügliche Verantwortung für das gute Funktionieren einer Demokratie wahrzunehmen.

2. Wie in Punkt 1 aufgeführt, verfügt der Gemeinderat über keine unmittelbaren Einflussmöglichkeiten, um bei privaten Unternehmungen Arbeitsstellen langfristig sichern zu können. Gute Rahmenbedingungen namentlich auf Bundes- und Kantonsebene sind der beste Garant, dass Unternehmungen Arbeitsplätze erhalten bzw. ausbauen können. Medienförderung als Aufgabe der öffentlichen Hand ist in erster Linie auf Bundesebene anzusiedeln.

3. Die eidgenössische Medienkommission befasst sich seit 2014 mit dem Wandel in der Medienlandschaft und setzt sich für eine gezieltere und differenziertere Medienförderung ein. Nichtsdestotrotz leistet auch die Stadt Biel bereits heute einen indirekten Beitrag an die Medienförderung. Der zentrale Informationsdienst bei der Stadtkanzlei ist bestrebt, die lokalen Medien zu unterstützen, zum Beispiel indem er ihnen Informationsunterlagen mit Sperrfrist vorgängig zustellt und generell bezüglich Anfragen bemüht ist, rasch, adressatengerecht und umfassend zu informieren. Zudem ist der Gemeinderat bestrebt, den Meinungsbildungsprozess in der Bevölkerung zu fördern, wie dies mit dem jüngst gestarteten partizipativen Verfahren im Rahmen der Totalrevision der Stadtordnung angestrebt wird.

Aus den genannten Gründen beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat, das überparteiliche Postulat 20170292 erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

20. Dezember 2017

Namens des Gemeinderates

Der Stadtpräsident: Der Vize-Stadtschreiber:

Erich Fehr Julien Steiner

Beilage:
Überparteiliches Postulat 20170292

Vorstoss Nr./Interv. no: 170292
Termin GR/Délai CM: 7.01.18
Direktion/Direction: PRA
Mitbericht/Corapport: STK

Überparteiliches Postulat: «Demokratische Medienvielfalt sichern»

Stadtkanzlei/Chancellerie municipale

Am 23. August 2017 hat der Tamedia-Konzern eine massive Medienkonzentration innerhalb des eigenen Konzerns bekannt gegeben. Die künftig zentrale und einheitliche Produktion von Inhalten, die bereits ab 2018 umgesetzt werden könnte, würde auch unsere Region mit bspw. den Tageszeitungen «Der Bund», «Berner Zeitung» und dem «Bieler Tagblatt» treffen. Der Gemeinderat wird beauftragt, die ihm zur Verfügung stehenden Massnahmen zur Erhaltung der Medienvielfalt in der Region zu prüfen, namentlich:

1. Intervention beim Medienunternehmen Tamedia, um die Aufrechterhaltung der lokalen Medienvielfalt durch die Weiterführung der voneinander publizistisch unabhängiger, regionaleren Tageszeitungen einzufordern,
2. Prüfung der möglichen Einflussnahme zur langfristigen Sicherung der Arbeitsstellen in den betroffenen Medienhäusern, damit die Medien ihre demokratiepolitischen Funktionen weiterhin wahrnehmen können.
3. Entwicklung von Instrumenten der indirekten und der direkten Medienförderung, damit die Stadt, die Region und der Kanton Bern die hiesige publizistische Medienvielfalt unterstützen kann.

Begründung:
Der öffentliche politische Diskurs ist eine Unabdingbarkeit, damit ein aufgeklärter politischer Meinungsbildungsprozess zustande kommen kann. Dieser Diskurs findet heute in verschiedenen Foren statt: in Zeitungen, im Fernsehen oder Radio sowie im virtuellen Raum. Für die politische Meinungsbildung ist deshalb ein Medienmix verantwortlich.
Welches Forum auch immer von Bürgerinnen und Bürgern genutzt wird, die Vielfalt der publizierten Information und Meinung innerhalb dieses Forums ist entscheidend für eine funktionierende Demokratie. Es ist deshalb äusserst besorgniserregend, dass ein Medienkonzern wie Tamedia mit einem Verwaltungsratsentscheid die Medienvielfalt in ganzen Regionen gefährden kann. Auch die Tageszeitungen «Der Bund», «Berner Zeitung» sowie das «Bieler Tagblatt», die im ganzen Kanton gelesen werden, sollen von dieser künftigen Zentralisierung der Meinungsäusserung und -bildung betroffen sein. Der Raum für einen breiten Diskurs würde dadurch massiv eingeschränkt und die Medienvielfalt verarmt. Damit die nötige publizistische Qualität sichergestellt werden kann, braucht es nicht nur eine gelebte Medienvielfalt, sondern besonders ausreichend Personal, das unter guten Arbeits- und Lohnbedingungen und mit genügend Ressourcen diese wichtige Aufgabe für die Demokratie erfüllen kann.

Biel, 21.09.2017

Dana Augsburger-Brom,
SP, Vorstand GBLS

Fritz Freuler,
Grüne, Vorstand GBLS

Lena Frank,
Grüne, Vorstand GBLS

Anhang Nr. 5

Beantwortung

der dringlichen Interpellation 20170348, Peter Bohnenblust, FDP, «Unterhaltszulage: Verweigerte Gleichbehandlung wie lange noch?»

Der Interpellant stellt Fragen zum Anspruch auf die Auszahlung der Unterhaltszulage und stellt die Umsetzung des Artikels 34 Personalreglement (SGR 153.01) und des Artikels 37 Personalverordnung (SGR 153.013) in Frage.

Der Gemeinderat nimmt zu den Fragen des Interpellanten wie folgt Stellung:

1. Einleitung

Im Rahmen der Totalrevision des Personalreglements und des Lohnsystems der Stadtverwaltung Biel per 1.1.2017 hat der Stadtrat von Anfang an den finanziellen Rahmen gesetzt und erwartete, dass durch die Umstellung auf ein neues Lohnsystem und die Inkraftsetzung eines neuen Personalreglementes keine Mehrkosten entstehen.

Die Sozialpartner wurden im Verlauf des Projektes regelmässig informiert und beigezogen. Sie haben explizit den Wunsch geäussert, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gefördert wird. Die Diskussionen mit dem Personalverband der Stadt Biel (PVBB), mit dem Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) und mit dem Kaderverein haben damals zur gemeinsamen Erkenntnis geführt, dass die Einführung einer Unterhaltszulage für Mitarbeitende mit Kindern in Anbetracht der knappen verfügbaren finanziellen Mittel die beste Lösung ist.

Der Gemeinderat berichtete im Bericht an den Stadtrat vom 19. November 2014 betreffend Totalrevision Personalreglement und Lohnsystem über die Einführung einer Unterhaltszulage und stellte einen entsprechenden Antrag. Er erläuterte die Gründe für die Einführung, die Höhe der Zulage, die geschätzten Kosten bei einer Einführung und weitere Aspekte. Wie dem Bericht zu entnehmen ist, wurde bei der Analyse ebenfalls das Modell des Kantons Bern in Betracht gezogen; dieses konnte jedoch aus finanziellen Gründen nicht weiterverfolgt werden. Dementsprechend wurde die Einführung einer Unterhaltszulage vorgeschlagen, aber auch schon damals explizit erwähnt, dass anspruchsberechtigt nur diejenigen Mitarbeitenden der Stadtverwaltung Biel sind, die bereits Familienzulagen gemäss dem FamZG beziehen. Der Stadtrat hat den Artikel 34 des neuen Personalreglements in diesem Sinne genehmigt und dem Gemeinderat die Detailregelung auf Stufe Verordnung überlassen. Die Personalverordnung, welche der Gemeinderat im Jahr 2016 erlassen hat, regelt in Artikel 37 einzig die Höhe pro Kind und Monat und hält überdies fest, dass die Unterhaltszulage unabhängig vom Beschäftigungsgrad ausgerichtet wird.

Entgegen dem, was in der dringlichen Interpellation erwähnt wird, ist der Gemeinderat der Meinung, dass der Stadtrat und die Spezialkommission sowie die Sozialpartner korrekt informiert worden sind. Der Anspruch auf die Unterhaltszulage steht allen Mitarbeitenden zu, die Anspruch auf Familienzulagen haben. Dies gilt allerdings nicht für die Partner und Partnerinnen von Personen, welche ihrerseits einen Anspruch auf Familienzulagen haben, aber nicht bei der Stadtverwaltung Biel angestellt sind. Diese Personen sind nicht Mitarbeiter oder Mitarbeiterin der Stadt Biel.

2. Beantwortung der Fragen

a) Zur Frage: „Ist der Gemeinderat bereit, die Auszahlung für alle Anspruchsberichtigten (Erst bzw. auch Zweitberechtigte) ab 1.1.2017 auszurichten, wie es Art. 34 Personalreglement vorsieht?"

Der Gemeinderat ist selbstverständlich bereit und gewillt, die Unterhaltszulage nach Massgabe von Artikel 34 des Personalreglements der Stadt Biel (SGR 153.01) auszurichten. Diese Bestimmung erlaubt eine Auszahlung heute allerdings nur an diejenigen Mitarbeitenden, die gemäss den rechtlichen Grundlagen auf Bundes- und Kantonsebene (siehe FamZG; SR 836.2 und KFamZG; BSG 832.71) selbst einen Anspruch auf Familienzulagen haben („Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Anspruch auf Familienzulagen haben"). Diese Regelung sieht entgegen dem der Frage offenbar zugrundeliegenden Annahme keine Auszahlung an Mitarbeitende vor, die selbst keine Familienzulagen erhalten, aber eine Lebenspartnerinnen oder Lebenspartner haben, die oder der eine Familienzulage erhält, aber nicht bei der Stadt arbeitet.
Weil das Legalitätsprinzip grundsätzlich auch für positive Leistungen der Stadt gilt, lässt die heutige Regelung eine solche Auszahlung auch nicht zu.

Möchte der Stadtrat die Auszahlung einer Unterhaltszulage auf alle Mitarbeitenden, welche Kinder haben, erweitern, müsste Artikel 34 PerR angepasst werden. Der Entscheid darüber obliegt selbstverständlich dem Stadtrat. Eine Anpassung dieser Regelung würde allerdings zu erheblichen Mehrkosten führen. Gemäss der damaligen Schätzung (siehe Stadtratsbericht vom 19.11.2014) belaufen sich die Kosten für die Einführung der Unterhaltszulage nach heutiger Regelung auf rund CHF 480'000.00 pro Jahr. Eine kürzlich durchgeführte Erhebung hat ergeben, dass die Erweiterung der Regelung auf allen Mitarbeitenden, welche Kinder haben, zu Mehrkosten von rund CHF 300'00.00 pro Jahr sowie zu einem grossen administrativen Mehraufwand führen würde.

b) Zur Frage: „Falls nein, was wird mit der Teilrevision von Personalreglement und — Verordnung angestrebt?"

Mit der Teilrevision des Personalreglements sollen primär die nötigen Anpassungen im Zusammenhang mit dem Reglement über den Lohn, die Nebenbeschäftigungen und die Ablieferung von Einkommen der Mitglieder des Gemeinderats und über Austrittsleistungen der Stadt (Gemeinderatsreglement, GRR) vorgenommen werden. Eine Teilrevision der Personalverordnung wurde bereits Ende 2016 angekündigt. Beabsichtigt sind primär eine Anpassung des Prozesses für den Leistungs- und Förderungsgespräches sowie die Anpassung von Zulagenregelungen in verschiedenen Arbeitsbereichen.

c) Zur Frage: „Mit welcher Begründung wird die Auszahlung verweigert?"

Zu dieser Frage kann zunächst auf die Antwort unter a) verwiesen werden. Artikel 34 des Personalreglements lässt nach Auffassung des Gemeinderats eine Auszahlung an Mitarbeitende ohne eigenen Anspruch auf Familienzulagen nicht zu. Daran ändern auch die Vorgaben des übergeordneten Rechts nichts. Artikel 7 des Bundesgesetzes über die Familienzulagen (SR 836.2) lautet wie folgt:

[1] Haben mehrere Personen für das gleiche Kind Anspruch auf Familienzulagen nach eidgenössischem oder kantonalem Recht, so steht der Anspruch in nachstehender Reihenfolge zu:
a. der erwerbstätigen Person;
b. der Person, welche die elterliche Sorge hat oder bis zur Mündigkeit des Kindes hatte;
c. der Person, bei der das Kind überwiegend lebt oder bis zu seiner Mündigkeit lebte;

d. der Person, auf welche die Familienzulagenordnung im Wohnsitzkanton des Kindes anwendbar ist;
e. der Person mit dem höheren AHV-pflichtigen Einkommen aus unselbstständiger Erwerbstätigkeit;
f. der Person mit dem höheren AHV-pflichtigen Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit.

[2] Richten sich die Familienzulagenansprüche der erst- und der zweitanspruchsberechtigten Person nach den Familienzulagenordnungen von zwei verschiedenen Kantonen, so hat die zweitanspruchsberechtigte Person Anspruch auf den Betrag, um den der gesetzliche Mindestansatz in ihrem Kanton höher ist als im anderen.

Obwohl gemäss diesem Artikel an sich mehrere Personen für das gleiche Kind Anspruch auf Familienzulagen haben können (sog. Anspruchskonkurrenz), steht der rechtlich massgebende Anspruch nach dieser Bestimmung schliesslich nur einer Person zu. Artikel 34 PerR nimmt Bezug auf diesen rechtlich massgeblichen Anspruch. Rechtlich ist die Stadt Biel deshalb weder verpflichtet noch berechtigt, eine Unterhaltszulage an Mitarbeitende ohne eigenen Anspruch auf Familienzulagen gemäss dem FamZG auszurichten. Es handelt sich bei der Unterhaltszulage um eine zusätzliche Zulage zugunsten der Mitarbeitenden mit einem eigenen Anspruch auf Familienzulagen, zu deren Auszahlung sich die Stadt verpflichtet hat. Die Stadt Biel ist in der Regelung ihres Personalrechts weitest gehend autonom und darf deshalb besondere Zulagen an Mitarbeitende in einer besonderen Situation, nämlich mit eigenem Anspruch auf Familienzulagen, ausrichten. Sie ist nicht verpflichtet, im Rahmen ihres Personalrechts allen möglichen familiären Konstellationen Rechnung zu tragen, die sich aus Tatsachen ergeben, die mit dem Arbeitsverhältnis ihrer Mitarbeitenden nichts zu tun haben.

d) Zur Frage: „Warum legt der Gemeinderat die Bestimmungen gegen das Personal aus?"

Der Gemeinderat hat das Personalreglement nicht in erster Linie „für" oder „gegen" das Personal, sondern *richtig* auszulegen. Er hat oben dargelegt, wie Artikel 34 nach seinem klaren Wortlaut und unter Berücksichtigung der Materialien (Bericht an den Stadtrat) seiner Auffassung nach ausgelegt werden muss. Sollte der Stadtrat eine andere Regelung wünschen, ist es ihm unbenommen, Artikel 34 entsprechend anzupassen. Im Übrigen ist der Gemeinderat der Meinung, dass das neue Personalreglement und der neuen Personalverordnung ab dem 1.1.2017 zu besseren Anstellungsbedingungen geführt haben. Die Ausrichtung einer Unterhaltszulage wurde für dasjenige Personal der Stadt Biel eingeführt, welchem im Fall einer Anspruchskonkurrenz gemäss FamZG der Anspruch auf Familienzulagen zusteht, das sind namentlich auch obhutspflichtige unverheiratete oder geschiedene Mütter und Väter in Teilzeitbeschäftigung. In diesem Sinne stellt Artikel 34 PerR auch mit der erläuterten Bedeutung sehr wohl eine Regelung für und nicht gegen das Personal dar.

e) Zur Frage: „Warum unterscheidet der Gemeinderat nicht zwischen „Anspruch" und „Auszahlung"?

Dem Gemeinderat ist der Sinn der Frage nicht ganz klar. Der Begriff „Anspruch" beschreibt die rechtliche Situation und beantwortet die Frage, unter welchen Voraussetzungen eine Person ein Anrecht auf die Unterhaltszulage hat und die Zulage dementsprechend auszuzahlen ist. Die Auszahlung ist der tatsächliche Vorgang, der sich nach den rechtlichen Vorgaben zu richten hat.

f) Zur Frage: „Findet es der Gemeinderat „gut", wenn die Stadt allenfalls eingeklagt wird?"

Der Gemeinderat will selbstverständlich nicht Beschwerden gegen die Stadt fördern, hält aber auch klar fest, dass es legitim ist, wenn Personen auf diesem Weg Ansprüche geltend machen, die ihnen nach ihrer eigenen Überzeugung zustehen. Im vorliegenden Fall geht der Gemeinderat aber wie dargelegt davon aus, dass Mitarbeitende ohne eigenen Anspruch auf Familienzulagen auch keinen Anspruch auf eine Unterhaltszulage haben. Der Gemeinderat ist unabhängig davon, ob er ein allfälliges Beschwerdeverfahren „gut" findet oder nicht, verpflichtet, das geltende Recht zu vollziehen. Er erachtet die Regelung in Artikel 34 PerR wie erwähnt als klar und eindeutig. Auch im Rahmen der damaligen Vernehmlassung zum neuen Personalreglement wurde im Übrigen nicht beanstandet, die Regelung sei unklar formuliert. Selbstverständlich kann man aus sozialpolitischer Sicht weitergehende Vorstellungen und Wünsche haben, aber diese müssen finanzierbar sein und setzen nach Auffassung des Gemeinderates eine Reglementsanpassung voraus.

Abschliessend erinnert der Gemeinderat daran, dass die Einführung einer Unterhaltszulage im Stadtrat seinerzeit umstritten war und ihr insbesondere die Verfechterinnen und Verfechter der absoluten Kostenneutralität reserviert gegenüber standen.

Biel, 17. Januar 2018

Namens des Gemeinderates

Der Stadtpräsident:	Die Stadtschreiberin:
Erich Fehr	Barbara Labbé

Beilage: dringliche Interpellation 20170348

Vorstoss Nr./Interv. no: 170318
Termin GR/Délai CM: 17.01.18
Direktion/Direction: PRA
Mitbericht/Corapport: FID

Dringliche Interpellation

Unterhaltszulage: Verweigerte Gleichbehandlung wie lange noch?

Stadtkanzlei/Chancellerie municipale

Der seit 1.1.2017 geltende Art. 34 Personalreglement der Stadt Biel (SGR 153.01) lautet: ***„Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Anspruch auf Familienzulagen haben, erhalten zusätzlich eine Unterhaltszulage pro Kind".*** Art. 37 Personalverordnung (SRG 153.013) legt fest, dass diese Zulage 50 Franken pro Kind und Monat beträgt; diese wird unabhängig vom Beschäftigungsgrad ausgerichtet.

Bereits anfangs Jahr haben diverse Mitarbeitende um Auszahlung dieser Unterhaltszulage ersucht, dies wurde aber verweigert mit dem Hinweis, dass sie keine Familienzulage beziehen, sondern ihr Partner. Im Sozialpartnergespräch vom März 2017 (*vgl.* http://www.pvbb-apbb.ch/sozialpartnergesprach-vom-28-3-17) wurde unter Hinweis auf eine Ungleichbehandlung, gestützt auch auf ein Kurzgutachten (Auftrag durch Personalverband vom 16.3.2017), die Auszahlung an alle Mitarbeitenden mit Kindern verlangt. Der Stadtpräsident und die Personalchefin nahmen das Anliegen auf, gaben einen Auftrag an eine externe juristische Fachperson. Bis heute werden die Zulagen nicht ausbezahlt, dies wegen unterschiedlicher „Rechtsauffassung". Diese zweite Rechtsauffassung stammt anscheinend von dem Experten, der das Personalreglement mitgestaltet hat; diese Arbeit wurde dem Interpellanten leider nicht ausgehändigt. Zurzeit wird die Problematik immer noch diskutiert und es wurde mitgeteilt, dass eine Teilrevision der Personalverordnung und –Reglements laufe. Auf rechtliche Schritte gegen die Stadt wurde anscheinend bisher verzichtet.
Meines Erachtens ist die Verweigerung der Auszahlung der Zulage nicht zulässig, dies aus rechtlichen, aber auch aus „realpolitischen" Gründen. Es widerspricht auch einer verlässlichen Sozialpartnerschaft seitens der Stadt Biel.
Vorab zu den letzteren Gründen: So wurde eine Einschränkung auf einen Teil der Mitarbeitenden weder in den Gesprächen mit den Sozialpartner erwähnt, noch in der Mitteilung an die Vernehmlassungsteilnehmer vom Mai 2013, noch im Bericht an den Stadtrat (August 2015), noch in der Medienmitteilung (16.11.2016) und beim Informationsabend für die Mitarbeitenden (8.9.2016): immer Neuerung/Verbesserung: **Unterhaltszulage von Fr. 50.- pro Monat und Kind für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.**
Aber auch in der Debatte im Stadtrat wurde vom Vertreter des Gemeinderat ausgeführt: *„Die monatlichen CHF 50, welche die Stadt Biel ihren Mitarbeitenden bezahlt, sind im internationalen Vergleich eine eher schwache Unterstützung für die Familien...Die vom Gemeinderat vorgeschlagene Unterhaltszulage ist ein symbolisches aber wichtiges Zeichen, das ich Sie zu unterstützen bitte." (Stadtratsprotokoll 19.8.2015 S. 461)*
Zur rechtlichen Lage: Mit dem Kurzgutachten vom 16.3.2017 und mit dem Hinweis auf die Materialen, auf Art. 8 Bundesverfassung (Rechtsgleichheit) und einer verfassungskonformen Auslegung ist ohne Reglementsänderung eine Auszahlung m.E. nicht nur möglich, sondern mehr als angezeigt. Dazu kommt, dass es gemäss Art. 7 Bundesgesetz Familienzulagen (SR 836.2) auch „erst und zweitanspruchsberechtigte Personen" gibt. Ein Zweitanspruch ist daher dem Erstanspruch gleichzusetzen.
Hinweis: Eine detaillierte Regelung gibt es im Kanton Basel-Stadt (vgl. SG 164.340)

Daher meine Frage(n) an den Gemeinderat:

A. Ist der Gemeinderat bereit, die Auszahlung für alle Anspruchsberichtigten (Erst bzw. auch Zweitberechtigte) ab 1.1.2017 auszurichten, wie es Art. 34 Personalreglement vorsieht

Falls Nein:

B. 1. Was wird mit der Teilrevision von Personalreglement und –Verordnung angestrebt?
   2. Mit welcher Begründung wird die Auszahlung verweigert?
   3. Warum legt der Gemeinderat die Bestimmungen gegen das Personal aus?
   4. Warum unterscheidet der Gemeinderat nicht zwischen „Anspruch" und „Auszahlung"?
   5. Findet es der Gemeinderat „gut", wenn die Stadt allenfalls eingeklagt wird?

Biel/Bienne 15.11.2017 Peter Bohnenblust, FDP:Die Liberalen

Anhang Nr. 6

Beantwortung

der Motion 20170247, Reto Gugger, Fraktion EVP/BDP, «Überarbeitung Marktreglement, SGR 943.1»

Im vorliegend behandelten parlamentarischen Vorstoss wird die Revision des städtischen Marktreglements verlangt. Der Gemeinderat nimmt wie folgt Stellung:

Der Gemeinderat teilt die in der vorliegenden Motion vertretene Auffassung. Das Marktreglement aus dem Jahr 1987 (SGR 943.1) erweist sich aus heutiger Sicht als überholt und enthält zudem Bestimmungen, welche dem übergeordneten Recht widersprechen. Eine Totalrevision des besagten Reglements erweist sich als notwendig. Der Gemeinderat hat die zuständige Direktion bereits beauftragt, diese an die Hand zu nehmen.

Gestützt auf die obenstehenden Ausführungen beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat, die Motion 20170247 erheblich zu erklären.

Biel, 6. Dezember 2017

Namens des Gemeinderates

Der Stadtpräsident: Der Vize-Stadtschreiber:

Erich Fehr Julien Steiner

Beilage
- Motion 20170247

Vorstoss Nr./Interv. no: 170/17
Termin GR/Délai CM: 6.12.17
Direktion/Direction: DSS
Mitberichtsverfahren/Corapport: BDP/PBD STK, PRÄ

Stadtkanzlei/Chancellerie municipale

EVP / PEV

Direktion Soziales und Sicherheit
An DSI FF
☐ zur Kenntnis ☐ zur dir. Erledigung
☐ vorb. Stellungnahme ☐ mit Kopie an Dir.
☐ vorb. Schreiben ☐ Unterschrift Dir.
☒ vorb. GR-Geschäft bis
Biel, 24.11.17 DSS

Motion

Überarbeitung Marktreglement, SGR 943.1

Das aus dem Jahre 1987 stammende Marktreglement, SGR 943.1 ist zu revidieren. Es enthält verschiedene Bestimmungen, welche nach unserer Ansicht nicht mehr aktuell sind. Insbesondere die nachstehend aufgeführten Artikel bedürfen einer Überarbeitung:

Art. 10 - Verkaufszeiten. Begründung: Seit 1987 wurden die Ladenöffnungszeiten angepasst. Gemäss Reglement muss aber z.B. der Monatsmarkt um 18.00 Uhr beendet sein.

Art. 17 - Verlassen und Räumen der Marktplätze. Begründung: In den 90er-Jahren wurde die Nidaugasse in eine Fussgängerzone umgewandelt. Wegen dem damit verbundenen Fahrverbot können die Marktfahrer (insbesondere diejenigen des Monatsmarkts) ihre Stände nicht innerhalb der geforderten Zeitspanne räumen, da dann die betreffende Zone noch gar nicht befahren werden darf

Biel, 17. August 2017

Reto Gugger
BDP

Christian Löffel
EVP

DS: 1.11.17
MB: 7.11.17
DS: 23.11.17
STK: 28.11.17
GR: 6.12.17

Anhang Nr. 7

Réponse

à l'interpellation urgente 20170346, Mamadou Diop et Mohamed Hamdoui, Groupe PSR, «L'islam selon Beat Feurer...»

Par le biais de la présente interpellation urgente, les intervenants posent différentes questions concernant un discours que le conseiller municipal Beat Feurer a tenu devant l'Assemblée des délégués de l'UDC Suisse, le 28 octobre 2017 à Frauenfeld.

Il est courant que le Conseil municipal envoie ses membres à des manifestations pour y adresser un mot de bienvenue ou transmettre à cette occasion des prises de position officielles qui ont été, au besoin, discutées préalablement avec les autres membres du Conseil municipal. Par contre, le Conseil municipal ne mandate aucun de ses membres aux manifestations organisées par le propre parti ou d'autres partis politiques. Dès lors, les avis exprimés lors de telles manifestations sont des opinions personnelles du membre en question, et du point de vue formel non l'opinion de l'ensemble du Conseil municipal. Ce dernier n'était donc pas informé du contenu et de la forme du discours tenu lors de cette manifestation.

Bienne, le 13 décembre 2017

Au nom du Conseil municipal

Le maire: La chancelière municipale:

Erich Fehr Barbara Labbé

Annexe:
- Interpellation urgente 20170346

Vorstoss Nr./Interv. no: 170346
Termin SR/Délai CM: 13.12.17
Direktion/Direction: DSS
Mitbericht/Rapport:

Stadtkanzlei/Chancellerie municipale

INTERPELLATION URGENTE (15 novembre 2017)

L'ISLAM SELON BEAT FEURER...

Lors de leur assemblée générale qui s'est tenue le 26 octobre 2017 à Frauenfeld, les 250 délégués de l'UDC suisse ont approuvé à l'unanimité (moins une voix) un « catalogue d'exigences » intitulé « Tolérance zéro contre l'islam radical en Suisse ». Invité à s'y exprimer, le conseiller municipal biennois Beat Feurer a notamment affirmé que « l'islam est une religion profondément fataliste » ou encore que c'est « Allah qui fixe la destinée de tout un chacun ».

Ces affirmations méritent quelques éclaircissements. D'où nos questions :

- Beat Feurer s'est-il exprimé à titre individuel ou en tant que membre de l'Exécutif ?
- Le reste du Collège avait-il été tenu au courant de ces propos ? Si oui, les avait-il approuvés ?
- Sur quelles données empiriques (livres, thèses universitaires, etc.) Beat Feurer se base-t-il pour affirmer que « l'islam est une religion profondément fataliste » ?
- Sur quelles données empiriques (livres, thèses universitaires, etc.) Beat Feurer se base-t-il pour affirmer que c'est « Allah qui fixe la destinée de tout un chacun » ?
- Pense-t-il que les autres religions monothéistes que sont « le catholicisme, le protestantisme et le judaïsme sont, elles aussi, profondément fatalistes » dans lesquelles « leurs Dieux respectifs fixent la destinée de tout un chacun ? ». Sur quelles données empiriques peut-il étayer sa réponse ?
- Avait-il pris soin de consulter des spécialistes de l'islam (par exemple du Centre Islam et Société de l'Université de Fribourg) pour documenter de telles thèses ?
- Dans ce « catalogue d'exigences », l'UDC suisse pense que « les corps de police des cantons doivent être renforcés, formés de manière ciblée et engagés activement dans la surveillance » des lieux de culte musulmans. Le conseiller municipal en charge de la Sécurité compte-t-il proposer la formation d'agent-e-s de police spécialement formés et affectés à de telles missions ? Si oui, peut-il quantifier cette mesure en termes humains et de coûts ?
- Dans ce même document, le parti de Beat Feurer réclame « l'interdiction de l'introduction de jours fériés musulmans officiels en particulier le ramadan ». Sur quelles bases constitutionnelles et légales ?
- Ces propos ne risquent-ils pas de saper le moral des hommes et des femmes qui se battent au quotidien à Bienne contre tous les risques de radicalisation islamique ?
- Beat Feurer comprend-il que ses propos aient pu blesser des personnes de confession musulmanes ? Si oui, est-il prêt à leur présenter ses excuses ?

Pour le groupe PSR,

Mamadou Diop

Mohamed Hamdaoui

Stadt Biel
Ville de Bienne

Anhang Nr. 8

Réponse

au postulat 20170293, Mohamed Hamdaoui, Groupe PSR, «Pour la création d'une «charte religieuse»»

Le présent postulat invite le Conseil municipal à étudier la possibilité de créer une «charte religieuse» pour toutes les communautés religieuses installées à Bienne qui ne sont pas soumises à la Loi cantonale sur les Églises nationales bernoises (Loi sur les Églises). En signant un tel document, elles s'engageraient à respecter l'ordre juridique en vigueur, à favoriser l'intégration de leurs fidèles dans la collectivité et à œuvrer en faveur du dialogue interreligieux. Les communautés religieuses recevraient un certificat ou un label attestant qu'elles s'engagent à respecter les principes de cette charte religieuse.

Le Conseil municipal tient d'abord à préciser que la création d'une charte religieuse est une proposition intéressante d'un point de vue social et politique. La politique d'intégration de la Ville de Bienne vise notamment à réduire la méfiance vis-à-vis des communautés religieuses et à favoriser des échanges constructifs dans la population. Le Conseil municipal estime dès lors que les points évoqués dans le postulat susceptibles de figurer dans une telle charte constitueraient une bonne base de discussion. Il doute cependant qu'une commune ou une ville soit le niveau étatique approprié pour la signature d'une telle charte.

Selon le postulat, les communautés religieuses seraient invitées à attester par leur signature qu'elles respectent l'ordre juridique en vigueur, publient leurs liens financiers de manière transparente ou que leurs prêtres maîtrisent une langue nationale et ont suivi des cours d'instruction civique. En signant cette charte, les communautés religieuses se verraient attribuer un label attestant qu'elles respectent et mettent en œuvre le contenu de la charte. Il conviendrait toutefois de clarifier qui attribuerait ce label et vérifierait qu'il soit respecté.

En d'autres termes, le Conseil municipal estime qu'il serait indispensable que la charte ait un certain caractère contraignant pour qu'elle puisse déployer ses effets. Les possibles conséquences d'un non-respect de la charte signée par les communautés religieuses devraient toutefois être examinées encore plus attentivement. De plus, le Conseil municipal fait remarquer qu'une telle charte devrait être présentée à toutes les communautés religieuses pour signature, donc également à celles reconnues par la Loi cantonale sur les Églises. Il estime que cela contribuerait à encourager le dialogue interreligieux et surtout, à lutter contre une «communauté à deux classes» en matière de communautés religieuses.

Le Conseil municipal arrive donc à la conclusion que, s'appuyant sur l'art. 72 de la Constitution fédérale – qui stipule que la réglementation des rapports entre l'Église et l'État est du ressort des cantons et que ceux-ci peuvent prendre des mesures propres à maintenir la paix entre les membres de diverses communautés religieuses dans les limites de leurs compétences – ,le Canton est le niveau étatique approprié et compétent pour débattre des questions soulevées dans le postulat ou pour rendre une décision en collaboration avec le troisième niveau étatique. Le Conseil municipal est donc disposé à discuter la demande avec le Canton au sens des explications ci-avant et à étudier la possibilité de créer une charte religieuse. Au vu de ce qui précède, il propose au Conseil de ville d'adopter le postulat 20170293.

Bienne, le 20 décembre 2017

Au nom du Conseil municipal

Le maire: Erich Fehr

Le vice-chancelier: Julien Steiner

Annexe: postulat 20170293

Biel Bienne

7

Vorstoss Nr./Interv. no: 170293
Termin GR/Délai CM: 11.01.18
Direktion/Direction: PRA
Mitbericht/Corapport: STK, BKS, DSS

POSTULAT URGENT

Stadtkanzlei/Chancellerie municipale

Pour la création d'une « charte religieuse »

Texte :

Le Conseil municipal est chargé d'étudier la possibilité de créer une sorte de «charte religieuse» permettant aux communautés religieuses installées à Bienne non soumises à la Loi sur les Eglises cantonales bernoises récemment votée qui le désirent de signer un document les engageant à respecter et à faire respecter strictement l'ordre juridique en vigueur, à favoriser l'intégration de leurs fidèles dans la collectivité et à œuvrer en faveur du dialogue interreligieux.

Développement :

La majorité du Grand Conseil bernois a refusé en 2015 d'ouvrir la porte à une reconnaissance de communautés religieuses non assujetties à la Loi sur les Eglises cantonales bernoises. Elle vient de le confirmer explicitement lors de sa session de septembre. Or nombre d'entre elles souhaiteraient pouvoir clairement se distancier de certains groupements d'obédiences diverses qui remettent en cause l'ordre juridique en vigueur et appellent parfois à vouloir accorder un rang supérieur à leurs règles religieuses aux dépens des lois humaines ou même à la violence.

Raison pour laquelle le Conseil municipal est prié d'étudier la possibilité d'élaborer une sorte de «charte des religions». Au moment d'ouvrir un lieu de culte ou un centre culturel ou de rencontres, ces communautés religieuses biennoises signeraient ce texte les invitant par exemple à :

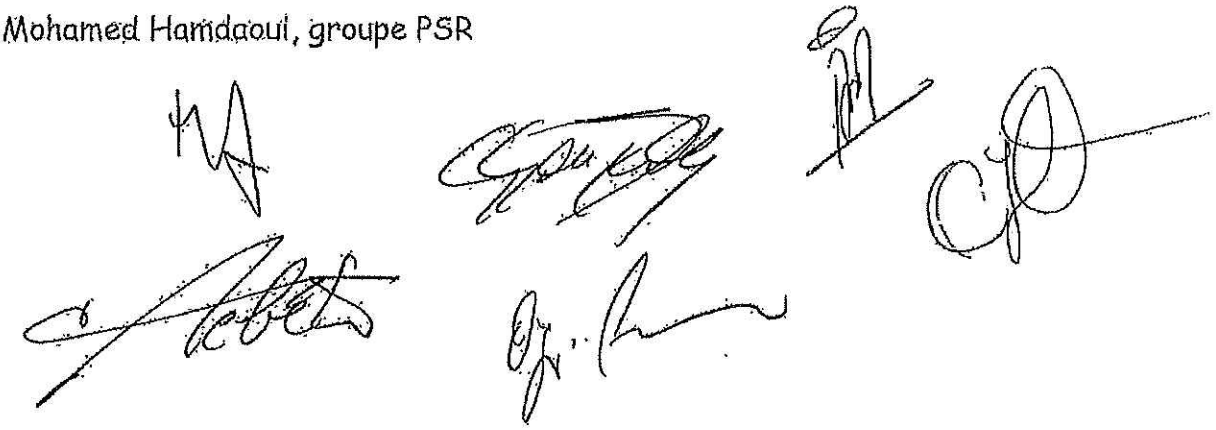
- Respecter et faire respecter intégralement l'ordre juridique (en particulier l'art. 8 de la Constitution fédérale), et donc notamment à promouvoir l'égalité entre hommes et femmes, à bannir toutes formes d'appels à la haine, à la xénophobie, à l'homophobie, au racisme, à l'antisémitisme ou au communautarisme.
- S'assurer que les prêtres officiant dans leurs lieux de cultes maîtrisent au moins une langue nationale et aient suivi des cours d'instruction civique.
- S'engager en faveur d'un dialogue interreligieux avec l'ensemble des autres communautés religieuses concernées par la Loi sur les Eglises cantonales bernoises ou ayant signé cette «charte religieuse».
- Garantir un financement transparent de leur mode de fonctionnement.

Non contraignante et non discriminatoire, puisque destinée à tous les groupements religieux non soumis à la Loi cantonale sur les églises, cette charte pourrait déboucher sur une forme de «label» ou sur l'attribution d'un «certificat» attestant que les responsables de ces établissements religieux s'engagent à respecter ces différentes règles. En cas de manquements avérés ou répétés aux engagements pris lors de la signature de cette «charte des religions», les établissements concernés pourraient se voir retirer leur «label» ou le «certificat».

Cette charte pourrait aussi faciliter la conclusion d'éventuels contrats de prestation avec les communautés ou groupes religieux la signant et la respectant. Elle permettrait aussi de faciliter les contacts avec la population et d'atténuer le climat de méfiance constaté à propos de certains de ces établissements religieux.

Enfin, pour avoir un sens politique, il nous semble impératif que cette «charte religieuse» soit établie par les autorités – ou en tout cas sous leur étroite impulsion.

Mohamed Hamdaoui, groupe PSR



Anhang Nr. 9

Réponse

à l'interpellation interpartis 20170249, Pascal Bord, PRR, Luca Francescutto, Groupe UDC/Les Confédérés «Quelles mesures le Conseil municipal va prendre contre l'association «Lies!» («Lis !») ?

Ces derniers mois, la campagne de distribution du Coran menée par l'action «Lis !» a fait l'objet d'une forte attention de la part des milieuxpolitiques et des médias. Comme partout en Europe, les autorités communales et cantonales de Suisse sont confrontées à des actions de distribution sur le domaine public; Bienne n'y fait pas exception. Dans l'intervalle, le contexte initial a changé notamment avec la dissolution de l'association concernée. Celle-ci a été remplacée par un nouveau groupe appelé «we love Mohamed» qui ne distribue plus le Coran, mais des écris/histoires concernant Mohamed. Toutefois, les remarques émises dans la présente réponse sont valables indépendamment de l'association explicitement mentionnée dans l'interpellation interpartis.

En Suisse, la liberté de religion protège la publication de convictions religieuses, sous forme de textes ou d'images. En conséquence, la seule distribution de corans ou d'écrits religieux au sens large n'est pas interdite. Cependant, le Conseil municipal s'inquiète de la hausse des tentatives de recrutement pour des activités explicitement illégales. Ce type d'activités constituant des infractions, ou leurs préparatifs, doivent être évitées avec toute la détermination requise. Au cas par cas, une pesée des intérêts peut s'avérer nécessaire entre différents droits fondamentaux garantis par la Constitution, notamment la liberté de religion ou d'expression.

S'agissant de l'association «Lis !» le Service de renseignement de la Confédération (SRC) a constaté qu'au niveau fédéral, on ne dispose actuellement pas de suffisamment de moyens légaux pour prononcer une interdiction d'organisation en vertu de l'art. 74 de la Loi fédérale du 25 septembre 2015 sur le renseignement (LRens; RS 121), ni pour une interdiction d'exercer une activité prévue par la Loi fédérale du 21 mars 1997 instituant des mesures visant au maintien de la sûreté intérieure (LMSI; RS 120). En revanche, le fait que l'action se fonde sur une conception anticonstitutionnelle rejetant le principe de la démocratie et de l'état de droit, niant les droits fondamentaux garantis par la Constitution et répandant des idées extrémistes suffit à ce que les cantons ou les communes prononcent une interdiction de délivrer une autorisation.

En avril 2017, dans un avis de droit mandaté par le Canton de Zurich, Markus Rüssli, docteur en droit, de l'étude Umbricht Rechtsanwälte à Zurich est parti du principe suivant dans le contexte qui nous intéresse ici:

- *Pour délivrer une autorisation de distribuer le Coran, l'autorité peut également tenir compte du milieu et des idées des personnes et des organisations requérantes;*

- *Lorsque les autorités sont en présence d'éléments concrets, ou du moins d'un soupçon fondé, laissant penser que l'exercice de droits fondamentaux sert uniquement de prétexte à exercer, soutenir ou propager des activités interdites, elles peuvent refuser l'autorisation;*

- *Les communes ne doivent pas prouver en détail, que la campagne de distribution du Coran diffuse des idéologies extrémistes, incite à des actes criminels ou recrute des combattants pour l'association «État islamique». Le fait que, par le passé, ce type d'actions ait été mené ou que des éléments concrets indiquent que la distribution du Coran sert uniquement à propager des idées extrémistes et à recruter des combattants pour le Jihad et l'association «État islamique» doit suffire;*

Dans le Canton de Berne, l'administration et l'exploitation du domaine public des communes sont de la compétence de celles-ci (art. 10a de la Loi cantonale du 8 juin 1997 sur la police (LPol: RSB 551.1). La Ville de Bienne a fixé les règles relatives à l'utilisation de son domaine public dans son Règlement de police locale du 21 novembre 2012 (RDCo 552.1) et dans son Ordonnance d'exécution du Règlement de police locale du 19 février 2017 (RDCo 552.11). L'art. 11 du Règlement de police locale interdit les actions risquant de porter gravement atteinte à l'ordre public. Par exemple, si des éléments concrets indiquent que la distribution du Coran ne vise qu'à propager des idées extrémistes et à recruter des combattants pour le Jihad et l'association «État islamique», la Ville peut interdire à Bienne une action de distribution du Coran de la part de l'association «Lis !». Toutes les actions de distribution du Coran à Bienne doivent faire l'objet d'un examen individuel, afin de déterminer si elles portent gravement atteinte à l'ordre public. S'agissant de la Ville de Bienne, il convient de relever à ce propos que, contrairement à Zurich, Bâle ou Berne, les actions de distribution ne sont pas vraiment un sujet de premier plan. Par conséquent, la tenue de stands a été autorisée jusqu'à présent, pour autant que leurs organisateurs ne soient pas des associations interdites ou que le contenu concret du stand ne contrevienne pas à la législation en vigueur. En outre, interdire a priori toute action de distribution du Coran serait contraire à la liberté de religion.

Pour résumer, le Conseil municipal peut ainsi constater que les services compétents de l'Administration municipale intègrent les enseignements tirés des indications susmentionnées pour évaluer la légalité des actions de distribution du Coran planifiées ou en cours. Les actions s'avérant illégales ne sont pas autorisées et les actions légales peuvent être approuvées à nouveau sous réserve de présentation des documents nécessaires.

Bienne, le 6 décembre 2017

Au nom du Conseil municipal

Le maire: Le vice-chancelier:

Erich Fehr Julien Steiner

Annexe:
- Interpellation interpartis 20170249

Direktion Sozlales und Sicherheit
An OSI FF.
☐ zur Kenntnis ☐ zur dir. Erledigung
☐ vorb. Stellungnahme ☐ mit Kopie an Dir.
☐ vorb. Schreiben ☐ Unterschrift Dir.
☒ vorb. GR-Geschäft bis 1.11.17
Biel, 24.5.17 DSS Sol

(sera rempli par la CHM)
Vorstoss Nr. / Interv. no: 170219
Termin GR / Délai CM: 6.12.17
Direktion /Direction: DSS
Mitbericht / Corapport: PIRA, STK

Pascal Bord, PRR, Luca Francescutto groupe UDC/ Les Confédérés

Interpellation

Quelles mesures le Conseil Municipal va prendre contre l'association «Lies!» («Lis»)?

Question(s)

Selon certains indices, des actions «Lies!» mises sur pied par l'organisation «Die wahre Religion» (la vraie religion) viseraient à recruter des candidats pour l'Etat islamique. Ce groupe est interdit en Allemagne depuis novembre dernier. Plusieurs personnes en Suisse connues pour faire partie de l'Etat islamique ont milité avec cette organisation, qui promeut un prosélytisme agressif avec la distribution de corans dans les rues.

Cette interpellation n'a pas pour but de stigmatiser les musulmans vivant pour la plupart paisiblement dans notre Région, mais de ne pas fermer les yeux sur les agissements d'extrémistes nuisibles, tendant de recruter les plus vulnérables de notre société, musulmans ou pas.
Certains cantons et villes limitent, eux aussi, le champ d'action de «Lies!» de manière conséquente. Le canton de Zurich recommande aux communes d'interdire la distribution de corans par l'association «Lies!» («Lis!» en français) ou des organisations liées. Il existe des indices concrets que la distribution de corans dans l'espace public par l'organisation «Lies!» sert en réalité à radicaliser des personnes et à les inciter à soutenir des activités illicites.

- Quelles mesures la Ville de Bienne prendra-t-elle à l'avenir concernant cette association ?

DS: 1.11.17
MB: 7.11.17
DS: 23.11.17
STK: 28.11.17
GR: 6.12.17

Bienne, le 17.08.2017

Pascal Bord, PRR, Luca Francescutto groupe UDC/ Les Confédérés

Cosignataires :

Anhang Nr. 10

Réponse

à l'interpellation urgente 20170344, Pascal Bord, PRR, «Qu'en est-il du rôle central de la Ville de Bienne quant aux tâches assumées pour la partie francophone et alémanique du canton et à leur prise en charge par le système de la LPFC ?»

Par le biais de la présente interpellation urgente, l'intervenant pose des questions sur les répercussions financières du bilinguisme dans le cadre de la LPFC. Par conséquent, les réponses ne se réfèrent qu'aux répercussions financières du bilinguisme sur la Ville de Bienne. À ce propos, le Conseil municipal tient à souligner que le bilinguisme forme une composante essentielle et indissociable de l'identité de Bienne. Comme indiqué dans l'intervention, cette singularité biennoise du bilinguisme vécu activement se répercute au plan financier en dehors des aspects positifs essentiels.

Le Conseil municipal est en mesure de répondre concrètement comme suit aux questions posées par l'intervenant :

1. **Bilinguisme: le canton reconnaît institutionnellement le bilinguisme selon les articles 4 et 5 de la Constitution cantonale et la Loi sur le statut particulier du Jura bernois et sur la minorité francophone du district de Bienne (Loi sur le statut particulier, LStP). Tient-il compte dans la péréquation financière des surcoûts liés, spécialement pour les thèmes suivants:**

   a. **Administration: quels sont les surcoûts à la charge de la Ville pour la traduction des documents officiels, applications informatiques et autres ? La Ville doit probablement établir plus rapidement que d'autres plus petites communes des dispositions légales également en français; de quelle manière ce travail est-il bénéficiaire à ces autres communes ?**

   À l'automne 2017, par voie de consultation, le Conseil-exécutif a donné la possibilité aux communes bernoises de s'exprimer à propos du rapport sur le contrôle des résultats de la Loi sur la péréquation financière et la compensation des charges (LPFC). Le Conseil municipal a ainsi saisi l'occasion, sous l'aspect des charges de centre urbain, de souligner concrètement la charge de centre spécifique de Bienne en termes de bilinguisme tel qu'ancré justement dans la Constitution cantonale. Il a ainsi insisté sur le fait que Bienne est la plus grande ville bilingue de Suisse, et que le français et l'allemand constituent les deux langues officielles de même valeur. Près de 57% des habitants et habitantes sont germanophones et près de 43% sont francophones.

   Le Conseil municipal a expliqué au Canton que la charge administrative liée au bilinguisme est considérable et n'est actuellement indemnisée par aucun système, que ce soit en termes de surcroît de la charge administrative ou d'exigences accrues posées au personnel de l'Administration municipale sur le plan linguistique. Il a également fait comprendre au Canton que des communes francophones profitent aussi régulièrement de prestations préalables mises à disposition par des organes administratifs de la Ville de Bienne en termes de traductions de documentations diverses ou de renseignements fournis.

Dans ce même ordre d'idées, le Conseil municipal a souligné dans sa prise de position que la Ville de Bienne assume, dans son rôle de ville bilingue, des charges en faveur des deux groupes linguistiques dans les domaines des «traductions», des «échanges interculturels et multiculturels», des «médias et relations publiques» ainsi que des «échanges au plan politique».

Le Conseil municipal a donc fait valoir auprès du Canton que des indemnisations adéquates et un allégement financier devaient être prévus en conséquence en faveur de la Ville de Bienne.

- En relation avec les frais de traduction mentionnés dans l'intervention, on constate que la charge a été de quelque 480'000 fr. en 2016, et que le coût devrait atteindre environ 570'000 fr. pour 2017. Concernant les autres frais liés au bilinguisme dans l'Administration municipale, il faut prendre en compte environ 200'000 fr. par an au Département de l'informatique et de la logistique (places de travail informatisées, support, cours et documentations, applications, administration et conduite I&L) à titre de coût supplémentaire. Aucune analyse concrète n'existe jusqu'à présent quant aux frais supplémentaires liés au bilinguisme dans les autres départements et services de l'Administration municipale.

b. Groupes linguistiques: la Ville a un rôle de pivot entre francophones et alémaniques dans plusieurs domaines dont, par exemple, la culture, la formation. Non seulement les allophones, mais également les francophones doivent être bilingues pour trouver une place de travail. L'école ne parvient pas à former les bilingues dont le marché du travail aurait besoin. Des mesures complémentaires d'intégration sont nécessaires.

Dans le cadre de la prise de position mentionnée à l'attention du Canton, le Conseil municipal a expliqué qu'une insertion professionnelle réussie à Bienne ne pouvait pas être atteinte dans un certain nombre de domaines à faibles revenus sans un minimum de bilinguisme, raison pour laquelle toutes les offres d'intégration doivent être proposées dans les deux langues officielles à Bienne.

2. Des améliorations ou des péjorations de la péréquation cantonale vont-elles toucher la Ville ? S'il y a péjoration, quelle hausse d'impôts devront payer les Biennoises et Biennois pour compenser ces changements cantonaux ?

Comme décrit plus avant, le bilinguisme engendre pour l'Administration municipale biennoise une charge financière accrue pour les mêmes offres en comparaison avec des communes bernoises exclusivement francophones ou germanophones. Actuellement, il n'est pas possible de calculer la substance fiscale impactée par le bilinguisme, car il n'existe aucune base de calcul correspondante permettant de déterminer les frais y afférents.

Bienne, le 31 janvier 2018

Au nom du Conseil municipal

Le maire: Le vice-chancelier:

Erich Fehr Julien Steiner

Annexe: interpellation urgente 20170344

120/17

Interpellation urgente

(sera rempli par la CHM)

Vorstoss Nr. / Interv. no: 170344

Termin GR / Délai CM: 24 17.01.18

Direktion /Direction: FIO

Mitbericht / Corapport: PRA, BKS

Qu'en est-il du rôle central de la ville de Bienne quant aux tâches assumées pour la partie francophone et alémanique du canton et à leur prise en charge par le système de la LPFC?

Le Canton désire revoir certains paramètres de la loi sur la péréquation financière et la compensation des charges (LPFC) et a lancé une procédure de consultation également auprès des communes. La Ville de Bienne devra livrer sa réponse d'ici la fin du mois. Le groupe parlementaire PRR a mené ses réflexions et désire connaître la position de la Ville de Bienne sur les points suivants :

1) Bilinguisme: le canton reconnaît institutionnellement le bilinguisme selon les art 4 et 5 de la Constitution cantonale et la loi sur le statut particulier du Jura bernois et sur la minorité francophone du district bilingue de Bienne (Loi sur le statut particulier, LStP). Tient-il compte dans la péréquation financière des surcoûts liés, spécialement pour les thèmes suivants:
   a. Administration : quels sont les surcoûts à la charge de la Ville pour la traduction des documents officiels, applications informatiques et autres ? La Ville doit probablement établir plus rapidement que d'autres plus petites communes des dispositions légales également en français; de quelle manière ce travail est-il bénéficiaire à ces autres communes ?
   b. Groupes linguistiques : la Ville a un rôle de pivot entre francophones et alémaniques dans plusieurs domaines dont, par exemple, la culture, la formation. Non seulement les allophones, mais également les francophones doivent être bilingues pour trouver une place de travail. L'école ne parvient pas à former les bilingues dont le marché de travail aurait besoin. Des mesures complémentaires d'intégration sont nécessaires.

2) Des améliorations ou des péjorations de la péréquation cantonale vont elles toucher la Ville ? S'il y a péjoration, quelle hausse d'impôts devront payer les Biennoises et Biennois pour compenser ces changements cantonaux ?

Bienne, 15.11.2017

Pascal Bord, PRR (Parti Radical Romand)

Anhang Nr. 11

Réponse

à l'interpellation urgente 20170345, Pascal Bord, PRR, «La Ville de Bienne sera-t-elle le dindon de la farce du plan d'allègement cantonal (PA 2018) ?»

L'intervenant pose des questions quant aux incidences du Programme d'allégement 2018 du Canton de Berne sur les finances de la Ville de Bienne, au transfert de tâches à la Ville opéré par le Canton, au risque de devoir économiser davantage ou d'augmenter les impôts et à la façon dont la Ville de Bienne défend ses intérêts.

Remarques générales
Par le biais du Programme d'allégement 2018, le Conseil-exécutif a présenté une large palette de mesures d'économies au Grand Conseil. Il prévoit ainsi d'alléger les finances cantonales de 185 millions de fr. par an à partir de 2021. À l'automne 2016, le Grand Conseil avait pris connaissance de la stratégie fiscale du Conseil-exécutif qui prévoit une diminution échelonnée de l'imposition des entreprises. Le présent Programme d'allégement 2018 prévoit donc de compenser les réductions de revenus fiscaux qui y sont liées à moyen terme.

Le Grand Conseil a traité le dossier du Programme d'allégement lors de sa session d'automne 2017 et a accepté l'ensemble des mesures proposées par le Conseil-exécutif, à quelques exceptions près.

1. Quel est l'impact financier des mesures cantonales et dans quel domaine ?

Le Programme d'allégement 2018 (PA 2018) contient 150 mesures portant exclusivement sur des dépenses, et il est encore difficile d'estimer les incidences de ces mesures sur la Ville de Bienne. Il englobe des mesures pouvant être chiffrées de façon relativement précise, car le Canton va reporter sur les communes des dépenses liées à des tâches contraignantes.

D'autres mesures ne sont pas, ou difficilement chiffrables de manière satisfaisante. C'est par exemple le cas des mesures dans le domaine des soins aux personnes âgées et des services d'aide à domicile, pour lesquelles on ne sait pas si elles risquent de provoquer davantage de placement en EMS et quels coûts supplémentaires en découleront. Dans son rapport adressé au Grand Conseil, le Canton de Berne suppose que la mise en œuvre du PA 2018 se traduira par un allégement des communes de 2018 à 2020, puis par une charge durable de celles-ci d'environ 0,5 million de fr. par an dès 2021 sur l'ensemble du canton.

Le Grand Conseil a traité les mesures du PA 2018 lors de sa session d'automne. Il en a modifié et abandonné certaines. La Ville de Bienne sera directement touchée surtout par la mesure 47.5.2 «Récupération des tâches d'encaissement et d'imposition à la source». Le Canton va désormais entamer de nouveaux pourparlers avec les villes de Thoune, Berne et Bienne et a annoncé viser le potentiel d'économies prévu initialement de 3,4 millions de fr. Il faut partir du principe que la Ville de Bienne devra essuyer des pertes de revenus de l'ordre de 700 000 fr.

En outre, le Grand Conseil a modifié la mesure 47.5.3 «Réduction de l'intérêt sur les trop-perçus». Il a décidé de baisser l'intérêt rémunératoire à 0,5% plutôt qu'à 1,5% comme le proposait le Conseil-exécutif. Pour la Ville de Bienne, les dépenses y relatives baisseront d'environ 500 000 fr.

Par contre, le Grand Conseil n'a modifié aucune des mesures qui auront le plus fort impact sur les finances de la Ville de Bienne. À l'avenir, les solutions transitoires seront cofinancées par les communes avec la même clé de financement que l'école obligatoire. Cela impliquera pour la Ville des charges supplémentaires de 800 000 fr. dès 2020.

De même, le Grand Conseil a confirmé la mesure 44.7.8 «Animation de jeunesse: suppression du financement des stages», selon laquelle il ne sera plus possible à l'avenir de porter à la compensation cantonale des charges les frais de stage dans le cadre de l'animation socioculturelle.

Le Conseil municipal table à court terme avec des frais supplémentaires annuels de l'ordre de 425'000 fr., puis à moyen et à long terme de quelque 1,2 million de fr. Ceux-ci se répartissent comme suit:

Mesure	**Désignation**	2019	2020 et ss
48.4.5	Solutions transitoires	--	800 000 fr.
44.7.8	Animation de jeunesse: suppression du financement des stages	225 300 fr.	225 300 fr.
47.5.2.	Récupération des tâches d'encaissement et d'imposition à la source	700 000 fr.	700 000 fr.
47.5.3.	Réduction de l'intérêt sur les trop-perçus	+ 500 000 fr.	+ 500 000 fr.
	Total	425 300 fr.	1 225 300 fr.

2. Y a-t-il des transferts d'activités ou de charges non compensées ?

Le Programme d'allégement 2018 prévoit des mesures par le biais desquelles des tâches seront reportées sur les communes sans compensation des charges supplémentaires. Lors de sa session d'automne 2017, le Grand Conseil du Canton de Berne a adopté sur ces points des déclarations de planification selon lesquelles il faudra soit renoncer à la mesure concernée soit l'admettre à la compensation des charges. Toutefois, cela concerne généralement des mesures qui n'auront pas de très fortes répercussions sur les finances de la Ville, comme les charges supplémentaires liées à l'envoi de matériel de propagande électorale.

Du point de vue du Conseil municipal, il faut mentionner que plusieurs mesures du PA 2018 auront pour conséquence la réduction des prestations du Service public. Ces réductions n'occasionnent pas directement un report de tâches sur les communes, mais signifient de fait que les communes devront supporter les coûts supplémentaires si elles souhaitent maintenir la qualité du Service public à son niveau actuel.

3. La Ville prévoit-elle déjà des mesures d'économies complémentaires ou une augmentation d'impôt pour compenser ?

Tant que les mesures du PA 2018 ne sont pas contraignantes, la Ville de Bienne fera tout son possible avec les autres villes et communes concernées ainsi que les associations compétentes pour empêcher le report de tâches, et donc de coûts y afférents, sur les communes.

4. Comment la Ville défend-elle ses intérêts, dans quel organe, y a-t-il eu des résultats, le soutien des députés biennois est-il suffisant ?

Avant que le Grand Conseil débatte du PA 2018, la Ville de Bienne a été en contact étroit avec l'Association des communes bernoises (ACB) et différentes villes et communes pour rédiger une position commune.

La Ville de Bienne a organisé des conférences de presse, avec les maires et mairesses du Jura bernois le 3 novembre 2017, et avec les représentantes et représentants des communes de Berne, Berthoud, Saint-Imier, Valbirse et Wynigen le 13 novembre 2017, afin de présenter leur prise de position commune concernant les conséquences du Programme d'allégement.

Dans le même temps, le Conseil municipal a rédigé des fiches d'information à l'attention des députées et députés biennois au Grand Conseil, pour les informer de sa position. Ces fiches d'information ont été discutées le 15 novembre 2017 lors d'une rencontre avec les représentantes et représentants du Seeland et de Bienne au Grand Conseil.

La position de la Ville de Bienne, largement partagée et soutenue par les députées et députés biennois, a été défendue lors des débats au Grand Conseil.

Bienne, le 31 janvier 2018

AU NOM DU CONSEIL MUNICIPAL

Le maire: Le vice-chancelier:

Erich Fehr Julien Steiner

Annexe: interpellation urgente 20170345

169/17

(sera rempli par la CHM)

Vorstoss Nr. / Interv. no: 170345

Termin GR / Délai CM: 24.01.18

Direktion /Direction: FID

Mitbericht / Corapport:

Pascal Bord, PRR (Parti Radical Romand)

Interpellation urgente

La Ville de Bienne sera-t-elle le dindon de la farce du plan d'allègement cantonal (PA 2018)

Question(s)

Le plan d'allègement (PA 2018) est traité par le grand conseil ce mois de novembre. Comme il est important que le Canton ait des finances saines, il est tout autant important que la Ville de Bienne ne soit pas le dindon de la farce.

Le canton de Berne a décidé de lancer un plan d'allègement afin de contre- financer sa stratégie fiscale. Cette dernière a été fortement soutenue par le Grand Conseil, qui en a pris connaissance en novembre 2016. Il est certes important que le taux d'imposition des entreprises, relativement élevé dans notre canton reste concurrentiel au niveau national, mais le Canton doit être conscient que sa stratégie entraine également des pertes fiscales importantes pour les Villes, qu'il ne prévoit pas de compenser. Au contraire, au travers de son plan d'allègement, il planifie de répercuter d'avantage de coûts sur les villes et communes, ce qui est inadmissible en raison du système de répartition des charges qui permet d'éviter qu'un échelon se décharge d'une tâche sur l'autre sans simultanément transférer les moyens financiers correspondants. La ville de Bienne ne doit pas voir d'avantage sa marge de manœuvre financière se réduire et doit pouvoir continuer à offrir des conditions cadres favorables au développement économique des entreprises et à l'accueil de leur personnel qualifié (bons contribuables), ce qui exige un urbanisme et des infrastructures de transport logistiquement attractives et favorisant la qualité de vie, des écoles à la hauteur et une offre culturelle et sportive de qualité.

Le dossier étant complexe, le groupe PRR pose les questions suivantes au Conseil Municipal:
- Quel est l'impact financier des mesures cantonales et dans quel domaine ?
- Y a-t-il des transferts d'activités ou de charges non compensées ?
- La Ville prévoit-elle déjà des mesures d'économies complémentaires ou une augmentation d'impôt pour compenser ?
- Comment la Ville défend-elle ses intérêts, dans quel organe, y a-t-il un des résultats, le soutien des députés biennois est-il suffisant?

Bienne, le 15.11.2017

Pascal Bord, PRR (Parti Radical Romand)

Cosignataires

Anhang Nr. 12

Beantwortung

der überparteilichen Motion 20170289, Urs Känzig, Grüne, Levin Koller, JUSO, Pascal Bord, PRR, «Endlich eine zeitgemässe IT-Infrastruktur für das Ratssekretariat»

Die Urheber des Vorstosses verlangen vom Gemeinderat ein zweckmässiges, einfach zu bedienendes IT-Tool für das Ratssekretariat, welches es diesem, aber auch dem Stadtrat, erlauben soll, im Bedarfsfall rasch und einfach Zugang zu eingereichten Vorstössen, deren Beantwortung und Bearbeitungsstand zu erhalten. Das Anforderungsprofil einer solchen Anwendung ist durch das Ratssekretariat und das Stadtratsbüro (SRB) gemeinsam festzulegen. Priorität soll dabei einer Anwendung eingeräumt werden, welche in anderen Gemeinwesen bereits erfolgreich eingesetzt wird.

Der Vorstoss wurde entgegen dem Anliegen der Motionäre dem Stadtratsbüro zur Beantwortung zugewiesen, obwohl die Motion ein Tätigwerden der städtischen Informatik verlangt. Die Forderung der Motion und darüber hinaus auch die Schaffung einer vom SRB als «Stadtratsportal» bezeichneten interaktiven elektronischen Plattform beschäftigt das Stadtratsbüro bereits seit vielen Jahren:

2005 stellte das Ratssekretariat in einem ersten Schritt einen Projektantrag für eine Evaluation einer neuen elektronischen Mandatsverwaltungslösung, weil die damalige stadtintern entwickelte Lösung weder weiterhin unterhalten werden konnte noch den geänderten stadtinternen Systemerfordernissen genügte. Seitens der Abteilung Informatik und Logistik (IUL) wurde das Ratssekretariat daraufhin auf ein laufendes ECM (Enterprise Management System) Projekt vertröstet, welches gemäss IUL sämtliche Anforderungen des Ratssekretariats erfüllen sollte. Ende 2006 stellte sich heraus, dass diese Aussage nicht zutraf und es wurde der Einsatz von WinCard Pro erwogen. Als sich 2007 herausstellte, dass dieses die Anforderungen ebenfalls nicht zu erfüllen vermochte, wurde schliesslich das Ratssekretariat aufgefordert, ein den neuen Vorschriften entsprechendes Pflichtenheft zu verfassen, die möglichen Kosten in der Investitionsplanung vorzusehen und in einem Einladungsverfahren selber Offerten für den Ersatz der Mandatsverwaltung einzuholen. Ende 2007 lagen die Angebote vor, wobei seitens IUL eine SAP-Lösung klar favorisiert wurde, weil diese Synergien mit der SAP Einwohnerlösung und/oder SharePoint und dem allgemeinen Dokumentenmanagement verspreche. Ende 2008 schliesslich genehmigte der Stadtrat die neue Lösung und sprach den hierfür notwendigen Kredit. Bereits im damaligen Bericht war explizit erwähnt, dass regelmässig verschiedene Kreise mit dem Anliegen an das Ratssekretariat gelangen, auf dem Ratssekretariat vorhandene Informationen auch interaktiv nutzbar zu machen und im Fall der Stadtratsmitglieder die Angaben zur Person auch mit ihren jeweiligen Vorstössen zu verknüpfen oder gar eine eigene Abfrageplattform zu schaffen (vgl. Bericht SRB an den Stadtrat vom 30. September 2008). Besagtes Projekt Mandatsverwaltung wurde schliesslich am 26. August 2009 lanciert und im Sommer 2010 abgeschlossen. Wiederholt wurde seitens von IUL angeführt, dass nach Abschluss weitere Komponenten basierend auf dieser Lösung realisiert werden können und es sei eine Roadmap für weitere Module und Lösungen (Informationsplattform) skizziert, allerdings müssten diese, angesichts der komplexen Anforderungen, jeweils in Form eines neuen Projekts bearbeitet werden.

Gestützt auf die damaligen Vorgaben von IUL und entsprechende Beschlüsse des Stadtratsbüros und der Fraktionspräsidienkonferenz stellte das Ratssekretariat daraufhin im August 2010 einen Projektantrag für ein Stadtratsportal und sah dieses in der Investitionsplanung vor. Das Projekt sah vor, auf Basis von Sharepoint ein Extranet «Stadtratsportal», also eine interaktive Plattform für Stadtrats- und Kommissionsmitglieder, zu schaffen. Ziel derselben war es, Abfrage- und Suchfunktionen für die elektronisch vorhandenen Daten/Datensammlungen (Vorstösse, Stadtratsberichte, Protokolle und Traktanden usw.) vorzusehen, die möglichen Funktionalitäten und den Umfang einer solchen Lösung vorzuskizzieren und umzusetzen. 2011 schrieb der Gemeinderat im Rahmen der Beantwortung der Motion 20100260 «E-Government» zu diesem Anliegen: «*Im Zuge der Erneuerung des Internet-Auftritts der Stadt wird Microsoft Sharepoint als Software eingesetzt…*» und «*Es ist daher durchaus denkbar, die Sharepoint-Plattform auch zur Bereitstellung von Stadtratsgeschäften zu nutzen. Ein*

entsprechender Projektantrag des SRB ist derzeit bei der Abteilung Informatik in Abklärung». Für Lösungen im Bereich des Dokumente-Managements und der elektronischen Geschäftskontrolle beständen bereits erste Konzepte, welche in Zusammenarbeit mit den Fachabteilungen konkretisiert werden müssten. Ende 2011 wiederum informierte IUL, dass die Einführung von Sharepoint abgebrochen werden musste.

Die überparteiliche Motion 20110340 «Mandatsverwaltung und Stadtratsportal» forderte den Gemeinderat im Oktober 2011 erneut auf, IUL einen Auftrag zu erteilen, den Projektantrag Stadtratsportal prioritär zu behandeln und so rasch als möglich umzusetzen. Dieses Anliegen der Motion wurde vom Stadtrat am 26. April 2012 erheblich erklärt. Dann endlich erfolgte eine erstmalige Sondierung der Bedürfnisse des Stadtrates sowie eine Aufnahme der für den Stadtrat/das Ratssekretariat relevanten Abläufe und Schnittstellen mit der Gesamtverwaltung. Auch diese Arbeiten gerieten aber aufgrund von Ressourcenengpässen und personellen Wechseln bei der Informatik wieder ins Stocken. Aufgrund der Reorganisation der Stadtverwaltung per Anfang 2013 machte der Gemeinderat zudem geltend, dass es zu einem solchen Zeitpunkt wenig opportun sei, Prozesse zu hinterfragen, zumal auch der Gemeinderat sich grösstenteils neu konstituiert habe und sich erst einarbeiten müsse.

Im Rahmen der Beantwortung des überparteilichen Postulats 20150086 «Für eine zeitgemässe Dossierverwaltung und Informationspolitik ohne Aufschub!» schrieb der Gemeinderat schliesslich im August 2015, dass der Start, respektive die Wiederaufnahme des Projekts zwar geplant gewesen sei, aber auf Wunsch des Stadtratsbüros (eigentlich aufgrund Ressourcenengpässen des Ratssekretariats) auf später verschoben werden musste. Ferner sei die «*Opportunität des Projektes*» unbestritten und ein neuer Projektstart sei per November/Dezember 2015 geplant. Das Projekt sei zudem «*... mit anderen wichtigen Projekten der Stadtverwaltung (bspw. Dokumentenmanagement) zu koordinieren*». Die Federführung des Projektes liege gemäss ICT-Strategie aber bei der Finanzdirektion bzw. der Abteilung Informatik und Logistik. Im selben Jahr allerdings kam es zu einem Leitungswechsel in der Abteilung Informatik und Logistik. Entgegen der früheren Haltung wurde nun erneut ein strategischer Kurswechsel weg von Linux und Open Source-Lösungen hin zu standardisierten Microsoft-Lösungen vollzogen. Der damals vorgesehene Zeitplan wurde dadurch wiederum über den Haufen geworfen.

Im April 2017 stellte die Finanzdirektion schliesslich das Geschäft 20160282 «Elektronische Dokumentenverwaltung (eDOC) für die gesamte Bieler Stadtverwaltung / Verpflichtungskredit» vor. Das nunmehr gewählte Produkt soll eine elektronische Geschäftsverwaltung in allen Abteilungen erlauben und überdies auch das Bedürfnis des Stadtrats nach einem Stadtratsportal bedienen können. Gemäss Bericht erlaubt das gewählte Produkt nämlich «*die Verwaltung der ... Stadtratsgeschäfte, Stadtratsportal mit Extranet für die 60 StadträtInnen, ohne Zugriff auf die internen Abläufe*» sowie das «*... automatisierte einlesen von Daten und Dokumenten...*» und dient als Langzeitarchiv. Der Stadtrat hiess den Verpflichtungskredit gut, allerdings wurde die Implementierung aufgrund einer gegen den Stadtratsentscheid erhobenen Beschwerde erneut verzögert. Unterdessen sind aber die diesbezüglichen Arbeiten angelaufen. Das Projekt soll die Bedürfnisse des Stadtrates abdecken können, also die Verwaltung aller Stadtratsgeschäfte inklusive einer Suchfunktion und Terminverwaltung sowie einen Arbeitsraum für die geschützte Kommunikation (Informations- und Dokumentenaustausch über das Internet) innerhalb von Gruppen (Arbeitsgruppen, Kommissionen u.ä.) erlauben. Die Steuerung des Projekts übernimmt ein Projektausschuss bestehend aus einem Vertreter des Stadtratsbüros, dem Leiter Informatik und Logistik sowie der Ratssekretärin. Die Realisierung der elektronischen Verwaltung der Stadtratsgeschäfte inklusive des Stadtratsportals ist gemäss der städtischen Informatik per Ende des zweiten Quartals 2018 vorgesehen.

Zusammenfassend steht das SRB nach wie vor dafür ein, dass das Stadtratsportal so bald wie möglich realisiert wird. Allerdings liegt diese Realisierung nicht in seiner Macht, da die Federführung des Informatikprojektes nicht zuletzt aufgrund der diversen Schnittstellen mit der Verwaltung nach wie vor bei der städtischen Informatik liegt. Diese Haltung wird von der Finanzdirektion geteilt, weshalb

diese ebenfalls dafür plädiert, die materielle Zuständigkeit der Abteilung Informatik und Logistik zuzuweisen. Insofern erachten Finanzdirektion und Stadtratsbüro die erfolgte Zuweisung des Vorstosses durch die Stadtkanzlei als falsch. Gleichzeitig begrüsst das Stadtratsbüro aber die ihm dadurch mögliche Darstellung seiner bisherigen – leider erfolglos gebliebenen – Bemühungen für die Einführung eines Stadtratsportals. Insofern hält es dafür, dem Projekt eDOC in Hinblick auf das Stadtratsportal eine Chance zu geben, behält sich aber vor, sollte dieses bis Ende 2018 nicht eingeführt sein, eine eigene Lösung zu suchen. Entgegen der Ansicht des Gemeinderates erachtet das Stadtratsbüro das Anliegen des Vorstosses damit aber noch nicht als erfüllt, weshalb es den Vorstoss als Postulat erheblich erklären, aber nicht abschreiben möchte um damit den Druck auf die Verwaltung für die langersehnte Umsetzung weiterhin aufrecht zu erhalten.

In Anbetracht dieser Ausführungen beantragt das Stadtratsbüro dem Stadtrat, die überparteiliche Motion 20170289 in ein Postulat umzuwandeln, dieses erheblich zu erklären und gleichzeitig die Erfüllung des Anliegens der Finanzdirektion (Abteilung Informatik und Logistik) zu übertragen.

Biel, 23. Januar 2018

Namens des Stadtratsbüros

Der Stadtratspräsident — Die Ratssekretärin

Hugo Rindlisbacher — Regula Klemmer

Beilage: überparteiliche Motion 20170289

Vorstoss Nr./Interv. no: 10289
Termin GR/Délai CM: 11.01.18
Direktion/Direction: SRB
Mitbericht/Corapport: FID

Überparteiliche Motion

Endlich eine zeitgemässe IT-Infrastruktur für das Ratssekretariat Stadtkanzlei/Chancellerie municipale

Auftrag
Der Gemeinderat stellt dem Ratssekretariat für die effiziente Bewirtschaftung der Vorstösse bis spätestens ein Jahr nach Einreichung dieser Motion ein zweckmässiges, einfach zu bedienendes IT-Tool zur Verfügung. Dessen Anforderungsprofil ist durch das Ratssekretariat und das Stadtratsbüro gemeinsam festzulegen. Erste Priorität hat die Beschaffung eines bestehenden, in anderen Kommunen bereits erfolgreich genutzten Produkts. Zweite Priorität hat die Programmierung eines eigenen (einfachen) Tools (z.B. auch durch Studenten der BFH).

Begründung
Ein Kernstück der parlamentarischen Arbeit sind Vorstösse. Gemeinderat, Stadtrat und Ratssekretariat, allenfalls sogar Dritte (z.B. Medien, Verbände) brauchen deshalb im Bedarfsfall rasch und einfach Zugang zu eingereichten Vorstössen, dem Bearbeitungsstand und ihrer Beantwortung usw..

Heute werden die Vorstösse mangels geeigneter Alternativen in einer Wordtabelle erfasst. Diese erlaubt keine Bewirtschaftung im eigentlichen Sinn. Sortieren, Abfragen usw. sind sehr aufwändig und – wie die Praxis zeigt - auch fehleranfällig. Die Situation ist für alle Beteiligte, aber v.a. das Ratssekretariat und die Stadträtinnen und Stadträte unbefriedigend. Es braucht deshalb rasch eine praxistaugliche, möglichst bereits in anderen Kommunen erprobte Lösung.

Das städtische eDoc-Projekt ist leider vorläufig keine Alternative. Bis dieses System zur Verfügung steht, vergehen noch mehrere Jahre. Der Fokus wird zudem voraussichtlich auf der Administration der Dokumente der Bieler Verwaltung liegen. Trotzdem sollte frühzeitig sichergestellt werden, dass eine einfache und zweckmässige Integration in dieses System später möglich ist - notfalls auch über eine Schnittstelle. Dies ist aber erfahrungsgemäss die aufwändigere und anfälligere Lösung.

Biel, 21.09.2017

Urs Känzig
Grüne

Levin Koller
JUSO

Pascal Bord
PRR

Anhang Nr. 13

Beantwortung

des überparteilichen Postulats 20170387, Sandra Gurtner-Oesch, GLP, Natasha Pittet, PRR, Salome Strobel, SP, Reto Gugger, BDP, Leonhard Cadetg, FDP, «Kongresshaus: Zuerst Nutzung analysieren/optimieren, dann sanieren»

Das Postulat fordert den Gemeinderat auf, vor der Sanierung des Kongresshauses das Nutzungskonzept zu prüfen und Varianten zur aktuellen Nutzung aufzuzeigen, da sich die Marktanforderungen ändern würden und die anstehende Sanierung dazu genutzt werden soll, das Kongresshaus langfristig auf die kommenden Anforderungen hin auszurichten.

Der Gemeinderat kann das Anliegen der Postulantinnen und Postulanten nachvollziehen und hält es für berechtigt. Aus diesem Grund hat er auch einen gleich gelagerten Abänderungsantrag anlässlich der Stadtratssitzung vom 13. Dezember 2017 unterstützt. Der Gemeinderat wird die Ergebnisse seiner Überlegungen und Abklärungen, wie bereits angekündigt, dem Stadtrat zusammen mit dem Ausführungsprojekt für die Sanierung des Kongresshauses unterbreiten. Eine separate Diskussion im Stadtrat über mögliche Nutzungskonzepte erachtet er aber nicht als zielführend, da starke Abhängigkeiten zu den baulichen Aspekten bestehen. Dies gilt noch verstärkt, wenn die Nutzung substanziell verändert werden soll.

Bereits heute hält der Gemeinderat fest, dass er beim Konzertsaal, beim Vereinssaal und beim Hallenbad kaum grundsätzlich andere Nutzungen als möglich erachtet, da es sich dabei um Angebote im Rahmen des «Service Public» handelt, auf welche nicht verzichtet werden kann und deren alternative Bereitstellung in einem neuen Objekt auf jeden Fall teurer käme (insbesondere aus Investitionssicht). Hingegen gehört es zu den Kernaufgaben der CTS SA als Betreibergesellschaft diese Angebote laufend entsprechend den sich verändernden Anforderungen anzupassen. Ein besonderes Augenmerk ist dabei auch der Gastronomie zu widmen. Die CTS hat dies in der Vergangenheit getan und wird dies auch in Zukunft bedarfsgerecht machen. Soweit dafür bauliche Massnahmen oder grosse Investitionen erforderlich sind, hat die Stadt Biel die entsprechenden Kosten zu tragen.

Der Gemeinderat ist ebenfalls der Auffassung, dass die Ergänzung des unbestrittenen Hallenbadbetriebes mit verwandten Angeboten wie Fitness, Sauna, usw. Sinn macht. Dies auch deshalb, weil die dafür genutzten – weitgehend unterirdischen – Räumlichkeiten kaum attraktiv für andere Nutzungen sind. Zudem ist bekannt, dass die als Angebot in Biel einmalige Kombination von Hallenbad und erweitertem Fitnessbereich einer der wichtigsten Gründe – neben dem zentralen Standort – ist, um Kundin oder Kunde im Sportbereich der CTS im Kongresshaus zu werden.

Völlig anders gelagert ist die Situation beim Hochhaus. Dessen Nutzung kann weitgehend unabhängig vom restlichen Gebäude bestimmt werden und es ist keinesfalls zwingend, dass vorwiegend die städtische Verwaltung diese Räumlichkeiten nutzt. Dies war in der Vergangenheit auch nicht immer der Fall, denn von 1984 bis 2008 belegte die Teletext AG den grössten Teil des Gebäudes. Beim Hochhaus ist weiter zu beachten, dass die Festlegung von dessen Nutzung Teil der Gesamtüberlegungen zur langfristigen Unterbringung der Stadtverwaltung sein muss.

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat 20170387 erheblich zu erklären.

Biel, 24. Januar 2017

Namens des Gemeinderates

Der Stadtpräsident: Erich Fehr

Die Stadtschreiberin: Barbara Labbé

Beilage: Überparteiliches Postulat 20170387

Vorstoss Nr./Interv. no: 170387
Termin GR/Délai CM: 28.03.18
Direktion/Direction: BSU
Mitbericht/Corapport: FIN, PRA

Stadtkanzlei/Chancellerie municipale

Postulat

Kongresshaus: Zuerst Nutzung analysieren/optimieren, dann sanieren.

Wir fordern den Gemeinderat auf, vor der Sanierung des Kongresshauses das Nutzungskonzept zu prüfen und Varianten der Nutzung aufzuzeigen. Marktanforderungen ändern sich. Die Sanierung des Kongresshauses soll möglichst dazu genutzt werden, dass das Kongresshaus langfristig den Anforderungen entsprechen kann.

Begründung
Der Stadtrat stimmt an seiner Sitzung vom 13.12.2017 einer Projektierung zur Sanierung des Kongresshauses zu.

Die Projektierung sieht vor die Bereich Tragstruktur, Gebäudehülle, Hängedach, Hochhaus bauliche Ergänzungen und gebäudetechnische Massnahmen in einem kompetenten Planerteam Teilprojekte zu definieren und Kostenvoranschläge zu definieren. Insgesamt beschreibt der Bericht eher eine bauliche, technische Herangehensweise, betriebliche Aspekte fehlen gänzlich. Der dem Stadtrat vorgelegte Bericht macht keine Angabe über die Kompatibilität der aktuellen Nutzungen. Sind die einzelnen Bereiche (Kongresse, Vereine, Schwimmen, Fitness, Verwaltung) untereinander kompatibel? Wäre es sinnvoller, diese Bereiche zu trennen?

Zwar wird die Betreiberin des Kongresshauses (CTS) eng in die Projektierungsarbeiten eingebunden. Allerdings äussert sich der Eigner des Gebäudes (die Stadt selbst) nicht darüber, ob das Haus in seiner heutigen Nutzung dem entspricht was die Stadt aktuell aber auch mit einem deutlich langfristigeren Fokus benötigt bzw. ob das sich darin befindliche Angebot auch in dieser Form an diesem Ort weiterzubetreiben sei oder ob es sinnvollere Varianten gäbe.

Wir fordern den Gemeinderat auf, den Status Quo zu analysieren und Alternativen zur aktuellen Nutzung auch mit einer langfristigen Perspektive aufzuzeigen.

Ziel muss es sein, die Erkenntnisse dieser Nutzungsfrage in eine bauliche Ausführung einzubringen - nicht umgekehrt.

Biel, 12.12.17

Sandra Gurtner-Oesch	Natasha Pittet	Salome Strobel	Reto Gugger	Leonhard Cadetg
glp	PRR	SP	BDP	FDP

Anhang Nr. 14

Beantwortung

des Postulates 20170291, Lena Frank, Fraktion Grüne, «Sicherheit für Velofahrerinnen und Velofahrer im Kreisverkehr verbessern»

Mit dem Postulat wird der Gemeinderat aufgefordert Massnahmen zu prüfen, um die vier in der Velounfallstatistik 2005 bis 2014 des Bundesamtes für Strassen (ASTRA) hervorgehobenen Kreisel sicherer zu machen. Es handelt sich dabei um die Kreisel Pianoplatz, Johann-Verresius-Platz, Brühlplatz und die Kreuzung Alfred-Aebi-Strasse, Alexander-Moser-Strasse, Gurnigelstrasse und Murtenstrasse.

Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass die Sicherheit der Velofahrenden in einem Kreisel problematischer ist, als auf einer Kreuzung mit einer Lichtsignalanlage. Interessengruppen für Verkehrssicherheit oder die vermehrte Nutzung von Zweirädern führen, zu Recht, regelmässig Präventionskampagnen für ein korrektes Verhalten aller Verkehrsteilnehmenden im Kreisel durch (Geschwindigkeit verringern, gilt insbesondere Autos und Elektrovelos, in der Strassenmitte fahren für die Velos, gesehen werden und seine Absichten klar anzeigen usw.).

Seit der Eröffnung des Ostastes der A5-Umfahrung hat der Verkehr in der Stadt allgemein abgenommen, was der Sicherheit der Velofahrenden zuträglich ist. Auch die im Anschluss an die Eröffnung des Ostastes erstellten verkehrlichen flankierenden Massnahmen verbessern die Sicherheit der Zweiradfahrer, hauptsächlich am Brühlplatz. Bei der Planung und Erstellung der definitiven Massnahmen gemäss Richtplan der verkehrlichen flankierenden Massnahmen vfM wird dem Veloverkehr eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

Bei den Infrastrukturen bestehen aufgrund der Vorschriften bezüglich der Geometrie eines Kreisels nur geringe Anpassungsmöglichkeiten. Markierungsarbeiten können jedoch die Sicherheit und Sichtbarkeit der verschiedenen Verkehrsströme, auch der Velofahrenden, verbessern. Derartige Massnahmen werden im Frühling 2018 durchgeführt, sobald es die Witterung erlaubt.

Betreffend die verschiedenen Kreisel:

- **Pianoplatz**

  Im Rahmen der neuen Signalisation in Zusammenhang mit der Lichtsignalanlage bei der Unterführung an der Mett-/Madretschstrasse wurden Markierungsarbeiten durchgeführt. In Zusammenhang mit der Sicherung des Schulwegs der Schule Madretsch sind weitere Sicherheitsmassnahmen vorgesehen. Diese Massnahmen verbessern die Sicherheit erheblich.

- **Johann-Verresius-Platz**

  Sobald es die Witterung erlaubt, werden Markierungsarbeiten durchgeführt. Die Verkehrsberuhigungsmassnahmen im Quartier Zukunft werden ausserdem zu einer Verminderung der Verkehrslasten aus der Mattenstrasse führen, wo Unfälle mit Schwerverletzten verzeichnet wurden. Somit wird auch bei diesem Kreisel die Sicherheit für Velofahrende deutlich verbessert.

- **Brühlplatz**

  Durch die neue Verkehrsführung in Zusammenhang mit der Lichtsignalanlage bei der Unterführung an der Mett-/Madretschstrasse (Einbahnverkehr auf der Madretschstrasse in Richtung Unterführung, ausgenommen Bus, Taxi und Velos) wurde ein konfliktträchtiger Verkehrsstrom aufgehoben und die Geschwindigkeit der Motorfahrzeuge drastisch reduziert. Der Vortrittsentzug gegenüber dem Hauptstrom reduziert von der Madretschstrasse Richtung Kreuzplatz (ein weiterer konfliktträchtiger Verkehrsstrom gemäss Statistik) die Geschwindigkeit und erhöht die Aufmerksamkeit der Verkehrsteilnehmenden. Festzuhalten ist, dass die Massnahme zur Kapazitätsverringerung auf der Südachse darauf abzielt, die Verkehrslasten im Quartier Madretsch dauerhaft zu reduzieren. Zusätzliche

Markierungsarbeiten werden geprüft und durchgeführt sobald es die Witterung erlaubt. Dank den vorgängig erwähnten Massnahmen wird die Sicherheit für den Veloverkehr erhöht.

- **Kreuzung Alfred-Aebi-Strasse, Alexander-Moser-Strasse, Gurnigelstrasse und Murtenstrasse**
  Die Durchfahrt der BTI-Bahn ist kein Problem, da diese durch eine Lichtsignalanlage angezeigt wird. Einzig das Überqueren der Geleise kann sich als problematisch erweisen. Sobald es die Witterung erlaubt, werden Markierungsarbeiten durchgeführt. In diesem Bereich dürften die verkehrlichen flankierenden Massnahmen vfM in Zusammenhang mit der Eröffnung des Autobahn-Ostastes ebenfalls dazu führen, dass die Verkehrslasten zum Vorteil der Velofahrenden reduziert wird. Die Sicherheit für Velos wird somit auch bei diesem Kreisel deutlich verbessert.

Festzuhalten ist, dass der Piano- und der Brühlplatzkreisel Teil der verkehrlichen flankierenden Massnahmen gemäss Richtplan vfM sind und in diesem Zusammenhang umgestaltet werden. Die Kreisel am Johann-Verresius-Platz und an der Kreuzung Aebi-Moser-Gurnigel-Murten-Strasse befinden sich im Baustellenbereich der A5-Westumfahrung und werden in diesem Rahmen eine Neugestaltung erfahren.

Bei allen vier Kreiseln wurden somit die geforderten Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit eruiert und geplant. Teilweise wurden bzw. werden die Massnahmen im Zusammenhang mit der den verkehrlichen flankierenden Massnahmen für den Ostast (vfM Ostast) bereits umgesetzt, teilweise wird die Umsetzung im kommenden Frühjahr erfolgen können (Markierungen). Somit ist der Prüfungsauftrag des Postulats erfüllt.

Deshalb beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat, das Postulat 20170291 erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Biel, 17. Januar 2018

Namens des Gemeinderates

Der Stadtpräsident: Die Stadtschreiberin:

Erich Fehr Barbara Labbé

Beilage: Postulat 20170291

GRÜNE LES VERTS BIEL/BIENNE

Vorstoss Nr. / Interv. no: 19029
Termin GR / Délai CM: 14.01.18
Direktion /Direction: BSU
Mitbericht / Corapport: DSS

Postulat: Sicherheit für Velofahrerinnen und Velofahrer im Kreisverkehr verbessern

Der Gemeinderat wird beauftragt, zu prüfen, welche Massnahmen ergriffen werden können, um in Strassenkreiseln, die als Unfallschwerpunkte für Velofahrerinnen und Velofahrer gelten, die Sicherheit zu verbessern.

Begründung:

Gemäss der Analyse der Velounfälle 2005 bis 2014 des Bundesamts für Strassen (ASTRA)[1] ist das Unfallrisiko für Velofahrerinnen und Velofahrer im Kreisverkehr überproportional hoch. Im Kanton Bern ist das Unfallrisiko in Kreiseln sogar noch höher, wobei es offenbar einige Hotspots gibt, die überdurchschnittlich oft Orte von Unfällen mit Velofahrerinnen und Velofahrern sind. Vier von den 20 gefährlichsten Kreisel liegen in Biel:

Gemeinde	Bezeichnung	Rang	Anzahl Velounfälle	Unfälle total
Thun	Burgerstrasse, Allmendingenallee, Länggasse	1	30	49
Steffisburg	Schwäbisstrasse, Mittelstrasse	2	29	43
Thun	Maulbeerplatz	3	23	53
Langenthal	Eisenbahnstrasse, Bützbergstrasse	4	19	41
Köniz	Schwarzenburgstrasse, Waldeggstrasse, Hessstrasse	5	19	43
Steffisburg	Glockenfalstr, Ziegeleistr, Asfrastr, Stockhornstrasse, Thunstrasse	6	18	37
Thun	Allmendstrasse, General-Wille-Strasse	7	17	41
Biel/Bienne	Place des Pianos, Pianoplatz	8	17	53
Biel/Bienne	Johann-Verresius-Platz, Place Johann Verresius	9	15	38
Zollikofen	Schulhausstrasse, Bernstrasse, Kreuzstrasse	10	14	36
Biel/Bienne	Place du Brueil, Brühlplatz	11	14	30
Thun	Freiestrasse, Schulstrasse, Schorenstrasse	12	13	27
Thun	Mattenstrasse, Länggasse	13	13	23
Bern	Ostring, Kalchengweg, Thunstrasse, Muristrasse	14	12	101
Interlaken	Lindenallee, Allmendstrasse	15	12	25
Steffisburg	Bernstrasse, Schwäbisstrasse, Stockhornstrasse	16	11	50
Bern	Thunplatz	17	11	63
Thun	Frutigenstrasse, Aeussere Ringstrasse, Jungfraustrasse	18	11	27
Biel/Bienne	Rue Alfred Aebi, Rue Alex Moser, Gurnigelstrasse, Rue de Morat	19	10	26
Langenthal	Aarwangenstrasse, Lindenstrasse, Murgenthalstrasse, Waldhofstr	20	9	34

Diese Zahlen basieren zudem nur auf den Fällen, die der Polizei gemeldet wurden. Die Dunkelziffer liegt gemäss Beratungsstelle für Unfallverhütung noch deutlich höher!
Wie der SINUS-Report 2016[2] zeigt, sind es nicht etwa die Velofahrerinnen und Velofahrer selbst, die diese Unfälle verursachen. Es sind vielmehr in 89 Prozent der Fälle Autofahrerinnen und Autofahrer, die die Unfälle verursachen. Die Vermutung liegt nahe, dass diese Unfallkreisel auch für die Autofahrerinnen und Autofahrer nicht einfach zu fahren sind. Ein höheres Gefahrenpotenzial bieten auch die E-Bikes, die vermehrt auch in der Stadt anzutreffen sind. Zudem gibt es viele Kinder, die mit dem Velo auf dem Schulweg über dicht befahrene Strassen mit heiklen Kreiseln fahren müssen. Für diese VerkehrsteilnehmerInnen und Verkehrsteilnehmer muss die Stadt Biel unbedingt die Sicherheit verbessern.

Biel, 21.9.2017

Lena Frank, Grüne Fraktion

1 https://www.astra.admin.ch/astra/de/home/dokumentation/unfalldaten/publikationen.html

2 http://www.bfu.ch/de/forschung-und-statistik/statistik

Stadt Biel
Ville de Bienne

Anhang Nr. 15

Réponse

au postulat 20170294, Glenda Gonzales, Groupe PSR, «Une signalisation respectueuse de l'identité du 42% des francophones biennois»

L'intervenante interpelle le Conseil municipal sur son engagement en faveur d'une signalisation bilingue du contournement autoroutier de Bienne par l'A5.

Concernant la branche Ouest, la question du bilinguisme des panneaux indicateurs de direction fait l'objet d'une mention particulière dans l'opposition commune des villes de Bienne et Nidau. En effet, les deux villes demandent que la signalisation soit installée dans les deux langues officielles et tienne compte des références et des nomenclatures locales.

Pour la branche Est, la Ville de Bienne est intervenue dès octobre 2016 au stade de la planification avant d'être mise devant le fait accompli pour des raisons de calendrier (commande, production et montage des panneaux par le Canton avant l'ouverture du 27 octobre 2017). Elle n'a cessé d'intervenir à différents niveaux dans un domaine qui ne relève pas de sa compétence, par engagement pour le bilinguisme qui lui est cher. D'abord au niveau opérationnel, puis en parallèle au niveau politique.

Opérationnel
Des démarches ont été entreprises par le responsable du Secteur de la circulation avec l'appui du responsable du Département des infrastructures auprès du Secteur des routes nationales de l'Office des ponts et chaussées du Canton de Berne (OPC) et de l'Office fédéral des routes (OFROU) qui est l'instance responsable en la matière. Des séances ont eu lieu entre les services responsables en présence du bureau d'ingénieurs mandaté par le Canton en janvier 2017, afin d'optimiser la signalisation du point de vue de la Ville de Bienne, avec le bilinguisme comme exigence première.

Politique
Le Conseil municipal a fixé dans un arrêté son souhait d'une signalisation bilingue de la branche Est de l'A5. Il a chargé la direction TEE de s'engager au côté du Forum du bilinguisme et du Conseil des affaires francophones (CAF) auprès du Canton et de la Confédération pour une signalisation bilingue. En outre, une intervention parlementaire au Conseil national est venue appuyer les démarches des autorités biennoises.

Le 18 janvier 2018, un entretien a eu lieu entre Mme Doris Leuthard, conseillère fédérale, M. Röthlisberger, directeur de l'OFROU, M. Bühler, conseiller national bernois, Mme Berger-Hirschi, présidente du CAF, Mme Borel, directrice du Forum du bilinguisme, M. Gaffino, secrétaire général du CAF et Mme Schwickert, conseillère municipale, directrice TEE. Lors de cet entretien, l'OFROU a proposé que neuf panneaux indiquant «Biel» uniquement en allemand deviennent bilingues, mais ce, uniquement au cours des cinq à dix prochaines années lorsque les panneaux devront être remplacés (fin de leur durée de vie, remplacement en cas d'accident). Si les panneaux doivent être remplacés immédiatement, l'OFROU propose une clef de répartition des frais. Par ailleurs, l'OFROU s'est déclaré prêt, en tenant compte des aspects sécuritaires, de procéder à d'autres clarifications d'ici fin septembre 2018 quant à la manière dont il peut être tenu compte du bilinguisme biennois pour la branche Est.

En collaboration avec le CAF et le Forum du bilinguisme, et suite à l'entretien susmentionné, le Conseil municipal a adressé une lettre à la conseillère fédérale compétente et rédigé un communiqué de presse, où il exige que les neuf panneaux indicateurs en question soient remplacés immédiatement à la charge des organes compétents de la Confédération et du Canton de Berne. Par ailleurs, il a maintenu que l'idée des autorités fédérales d'avoir des panneaux en allemand pour la branche Est et en français pour la branche Ouest était inacceptable pour la Ville de Bienne. Le Conseil municipal et les autres organes seront invités une nouvelle fois par les autorités fédérales et la discussion relative aux panneaux bilingues des jonctions autoroutières reprendra.

Le Conseil municipal estime entreprendre toutes les démarches possibles et nécessaires pour une signalisation bilingue du contournement autoroutier de l'A5.

Au vu de ce qui précède, le Conseil municipal propose au Conseil de ville d'adopter le postulat 20170294 et de le radier du rôle comme étant réalisé.

Bienne, le 24 janvier 2018

Au nom du Conseil municipal

Le maire: La chancelière municipale:

Erich Fehr Barbara Labbé

Annexe: postulat 20170294

Postulat ~~urgent~~

Vorstoss Nr./Interv. no: A0294
Termin GR/Délai CM: 4.01.18
Direktion/Direction: BEU
Mitbericht/Corapport: DSS, PRA

Stadtkanzlei/Chancellerie municipale

Une signalisation respectueuse de l'identité du 42% des francophones biennois

Suite à la réponse du Conseil municipal à l'interpellation urgente 20170160, des questions relatives à la signalisation restent en suspens et des clarifications s'avèrent nécessaires. Il est important que le conseil municipal clarifie et explicite toutes les démarches entreprises auprès des autorités cantonales et fédérales afin de mieux comprendre ce qui a mené à la situation actuelle, soit une signalisation en allemand (à l'exception du panneau Bienne centre) dans une ville comprenant 42% de francophones.

Le conseil municipal est prié rendre compte de l'historique des mesures qui ont été prises (quelle administration/service, à quelle date et avec quel résultat) pour s'assurer du bilinguisme dans la signalisation routière du contournement Est de Bienne ainsi que dans celle du contournement Ouest.

21.09.2017

Groupe PSR
Glenda Gonzalez

Stadt Biel
Ville de Bienne

Anhang Nr. 16

Beantwortung

des Postulates 20170295, Dennis Briechle, GLP, «Hand in Hand: Tempo-30 und Begegnungszonen»

Mit dem Postulat wird der Gemeinderat aufgefordert, die Machbarkeit von Begegnungszonen innerhalb der Tempo-30-Zonen zu prüfen. Es wird ein konkreter Antrag in Bezug auf die Planung der Verkehrsberuhigung im Geyisried gestellt.

Heute gibt es in Biel vier Begegnungszonen, darunter der Zentralplatz, (sowie die Obergasse, der Narzissenweg und die Gartenstrasse) und zwei weitere dürften im Jahr 2018 erstellt werden (Gerbergasse und Untergasse, Masterplan Biel/Bienne zwischen dem neuen Campus Biel/Bienne und der Residenz au Lac).

Gemäss Artikel 22 b der Signalisationsverordnung (SSV; SR 741.21) handelt es sich dabei um Strassen, auf denen die Fussgänger und Benützer von fahrzeugähnlichen Geräten (Rollschuhe, Trottinette usw.) die ganze Verkehrsfläche benützen dürfen. Sie sind gegenüber den Fahrzeugführern vortrittsberechtigt, dürfen jedoch die Fahrzeuge nicht unnötig behindern. Die Höchstgeschwindigkeit beträgt 20 km/h. Der Grundgedanke dieser Begegnungszonen ist das Prinzip einer gemeinsamen Nutzung der Verkehrsfläche durch alle Verkehrsmittel. Es handelt sich dabei nicht nur einfach um eine Art der Verkehrsführung, sondern um eine Aneignung des öffentlichen Raumes durch die Fussgängerinnen und Fussgänger sowie Bewohnerinnen und Bewohner, eine Voraussetzung für das vom Postulanten zitierte Beispiel in der Stadt Bern.

In der Praxis unterscheidet man zwei verschiedene Arten von Begegnungszonen:

- Begegnungszonen in Wohnquartieren;
- Begegnungszonen auf Plätzen, Quartierzentren oder Geschäftszonen.

Das Postulat bezieht sich auf den ersten Fall.

Um in einem Quartier mit einer Tempo-30-Zone eine Begegnungszone zu erstellen, müssen verschiedene Bedingungen erfüllt sein: die Strassen müssen «lebendig» sein und die Verkehrsbelastung tief. In der Stadt Bern stammt die Initiative, welche den Planungsprozess ins Rollen bringt, von den Bewohnerinnen und Bewohnern und nicht von Seiten der Behörden. Dadurch sollen «Alibi-»Begegnungszonen verhindert werden. Eine künstliche, von den Bewohnerinnen und Bewohnern genutzte Begegnungszone ist kontraproduktiv, weil Autofahrenden nicht oft genug den Vortritt gewähren müssen, was dazu führt, dass die Verkehrsführung nicht eingehalten wird. Eine Begegnungszone muss gelebt werden, damit die Sicherheit der schwächsten Verkehrsteilnehmenden, vor allem Kinder, gewährleistet werden kann.

Hinzu kommt, dass eine alleinige Signalisierung mit dem Signal «Begegnungszone» nicht ausreicht. Gemäss der eidgenössischen Verordnung über die Tempo-30-Zonen und die Begegnungszonen (SR 741.213.3) müssen verkehrsberuhigte Zonen erkennbar sein und bedürfen daher einem Mindestmass an Gestaltung (erkennbare Ein- und Ausfahrten, spezielle und erkennbare, homogene Gestaltung usw.). Für die neuen Zonen in den Wohnquartieren erfordern diese Anstrengungen die Mitwirkung der direkt betroffenen Bevölkerung.

Der Gemeinderat ist allgemein der Ansicht, dass der Verkehr in den Wohnquartieren unbedingt beruhigt werden muss. Begegnungszonen sind dabei nur eines der verfügbaren Instrumente. In diesem Sinne ist der Gemeinderat durchaus bereit Begegnungszonen einzuführen, wenn sich dazu im Rahmen der Verkehrsplanung Möglichkeiten bieten oder wenn spezielle Anträge formuliert werden.

Bezüglich der Planung der Tempo-30-Zone im Geyisried ist es absolut denkbar, die Quartierbevölkerung zu befragen, ob die Einführung einer oder mehrerer Begegnungszonen

gewünscht wird. Falls dies als zweckdienlich beurteilt wird, können Begegnungszonen vorgeschlagen werden. Zum Beispiel in der Nähe der Schulen Sahligut oder Geyisried, wo einige Eltern bereits beantragt haben, dass im Bereich der Schulen spezifische Verkehrsberuhigungsmassnahmen realisiert werden. Dies würde zur Attraktivität des Quartiers beitragen.

Deshalb beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat, das Postulat 20170295 erheblich zu erklären.

Biel, 17. Januar 2018

Namens des Gemeinderates

Der Stadtpräsident: Die Stadtschreiberin:

Erich Fehr Barbara Labbé

Beilage: Postulat 20170295

Vorstoss Nr./Interv. no: 170295
Termin CR/Délai CM: 11.01.18
Direktion/Direction: BEU
Mitbericht/Corapport:
Stadtkanzlei/Chancellerie municipale

glp

Postulat

Hand in Hand: Tempo-30 und Begegnungszonen

Eingereichter Text

Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen,

1. im Rahmen der Planung der Tempo-30-Zone im Geyisried Strassen zu identifizieren, welche für Begegnungszonen geeignet sind und dort Begegnungszonen zu planen.
2. im Rahmen künftiger Planungen neuer oder Überarbeitungen bestehender Tempo-30-Zonen jeweils Strassen zu identifizieren, welche für Begegnungszonen geeignet sind und dort Begegnungszonen zu planen.

Begründung

Inzwischen sind viele Wohnquartiere in Biel in Tempo-30-Zonen umgestaltet. Eine Massnahme, welche die Unterzeichnenden sehr begrüssen. Verkehrsberuhigte Quartiere sind deutlich lebenswerter und familienfreundlicher. Trotzdem sind Strassen in Tempo-30-Zonen nach wie vor in erster Linie auf den (Auto-)Verkehr ausgerichtet und eignen sich teilweise für den Aufenthalt nur bedingt.

Kleine Quartiersträsschen mit reiner Erschliessungsfunktion oder Sackgassen sollen nach Ansicht der Unterzeichnenden dagegen auch Lebensraum für die Anwohnenden sein und von diesen genutzt werden. Durch das Einrichten von Begegnungszonen kann dies erreicht werden. Begegnungszonen ermöglichen Kindern Ballspiele im Quartier oder Anwohnenden ein spontanes gemeinsames Abendessen an schönen Sommerabenden. Dies bei gleichzeitig nach wie vor gewährleisteter Zufahrt zu allen Gebäuden oder der Möglichkeit, Anlieferungen zu tätigen.

Die Stadt Bern hat erkannt, welche Lebensqualität solche Strassenzüge bieten können: Mittlerweile gibt es in Bern über hundert Begegnungszonen[1], die allermeisten in Wohnquartieren, oftmals mit einfachen aber zweckmässigen Mitteln im bestehenden Strassenraum realisiert. Diese helfen mit, die Stadt zu einem attraktiven Wohnstandort, auch und gerade für Familien, zu machen. In Biel hingegen scheinen Begegnungszonen in erster Linie sporadisch als Leuchtturmprojekte im Rahmen von kompletten Neugestaltungen realisiert zu werden. Dies hat sicherlich auch seine Berechtigung, wie gerade das Pionierprojekt Zentralplatz zeigt. Inzwischen scheint sich Biel von dieser Pionierrolle jedoch verabschiedet zu haben. Die Unterzeichnenden wünschen sich, dass künftig Begegnungszonen wieder einen höheren Stellenwert haben und eine grössere Verbreitung finden.

Biel/Bienne, 21. September 2017

Dennis Briechle, glp

[1] Medienmitteilung Stadt Bern, 9.3.2017: http://www.bern.ch/mediencenter/medienmitteilungen/aktuell_ptk/zehn-neue-begegnungszonen-bis-herbst-2017

Anhang Nr. 17

Beantwortung

Interpellation 20170296, Alfred Steinmann, Fraktion SP/JUSO, «Muss die Stadt Biel zu viel an die Kosten der kantonalen Schulen bezahlen?»

Der Interpellant stellt verschiedene Fragen zur Finanzierung der Volksschulen und zur Verschiebung der Lasten vom Kanton hin zu den Gemeinden.

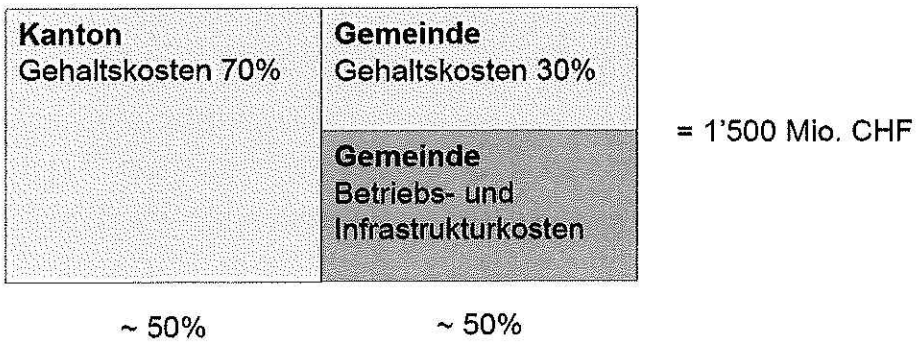
Die Volksschule ist eine gemeinsame Aufgabe des Kantons und der Gemeinden. Die Gemeinden sorgen gemäss Volksschulgesetz des Kantons Bern dafür, dass jedes Kind die Volksschule besuchen kann (Art. 5 Abs.1 VSG). Der Kanton setzt Ziele und pädagogische Vorgaben, gibt wichtige Rahmenbedingungen vor und überwacht das System. Die Gemeinden organisieren und führen die Schulen vor Ort. Sie sind zuständig für die Sicherstellung der Infrastrukturen.

An der öffentlichen Volksschule ist der Unterricht unentgeltlich. Die Gemeinde gibt den Schülerinnen und Schülern die individuellen Lehrmittel und Schulmaterialien ab. Sie ist ebenfalls für die Beschaffung und Bereitstellung der notwendigen allgemeinen Lehrmittel und der für den Unterricht notwendigen Geräte und Apparate verantwortlich (Art. 13 VSG). Die Gemeinden sorgen zudem für Erstellung, Unterhalt und Betrieb der Schulanlagen und deren Ausrüstung. Für den Turn- und Sportunterricht der Schulen sollen geeignete Anlagen zur Verfügung stehen (Art. 48 Abs.1 VSG).

Der Gemeinderat kann die einzelnen Fragen wie folgt beantworten:

1. *Welchen prozentualen Kostenanteil muss die Stadt Biel für die Volksschulen in der Stadt übernehmen (Abgeltung Kanton, Schulmaterial, ICT, Schulsozialarbeit, Infrastruktur...)?*

Der Kanton geht bei der Volksschule insgesamt von einem Kostenteiler zwischen ihm und den Gemeinden von 50:50 aus. Der Kanton übernimmt 70% der Gehaltskosten (Lehrpersonen und Schulleitungen), die Gemeinden 30%. Bei den Gemeinden kommen die Betriebs- und die Infrastrukturkosten hinzu: Kosten für die Schulanlagen, für Mobiliar, für den Schülertransport, für Schul- und Unterrichtsmaterial sowie für Geräte (Informatikmittel, Nähmaschinen, Instrumente etc.). Die jährlichen Gesamtkosten für die Volksschule im Kanton Bern betragen rund 1'500 Millionen Franken.



Zu den prozentualen Kostenanteilen bei der Tagesschule und der Schulsozialarbeit siehe Antwort auf Frage 2.

2. *Hat die Stadt Biel in der letzten Zeit zusätzliche, durch den Kanton nicht abgegoltene Kosten, übernehmen müssen?*

In den letzten Jahren sind zusätzliche Infrastruktur- und Lohnkosten für die Tagesschulen sowie Kosten für die Schulsozialarbeit hinzugekommen. In den Tagesschulen kommt die Stadt vollständig für die Infrastruktur auf sowie zusammen mit den anderen Gemeinden via Lastenausgleich für ca. 30% der Lastenausgleichsberechtigten Kosten (Lohnkosten-Elternbeiträgen). An den Kosten der Schulsozialarbeit beteiligt sich der Kanton mit 10% an den Lohnkosten.

3. *Wo sind finanzielle Verschiebungen zu Ungunsten der Stadt Biel in der Bildung durch Sparmassnahmen des Kantons zu erwarten?*

In Bezug auf das Entlastungspaket 2018 sind folgende Punkte zu nennen:

- Lehrplan 21: Abteilungsweiser Unterricht Sekundarstufe I, Verzicht auf die vorgesehene Aufstockung um 2 Lektionen. Auswirkung für die Stadt Biel: Geringere Budgetzunahme aufgrund des LP21, da es weniger Lektionen geben wird als vorgesehen.
- Reduktion des Pools «Integration und besondere Massnahmen» (IBEM) um 2 Mio. CHF. Auswirkungen für die Stadt Biel: Voraussichtlich weniger Lektionen für besondere Massnahmen. Der kantonale Lektionen-Pool für die Schuljahre 2018/2019 bis 2020/2021 wird im Januar 2018 definitiv auf die Gemeinden aufgeteilt.
- Mittelschulen- und Berufsbildung, Brückenangebote Finanzierung analog Volksschule. Brückenangebote (10. Schuljahr) zwischen Sekundarstufe I und Sekundarstufe II sollen die Gemeinden nach dem gleichen Schlüssel wie die Volksschule (Gehaltskosten: 70% Kanton und 30% Gemeinde) mitfinanzieren. Ab 2020 rechnet der Kanton dadurch mit der Überwälzung von 10 Millionen Franken auf die Gemeinden. Die Schätzung via Anteil der Schülerinnen und Schüler in der Volksschule und Anteil an Schülerinnen und Schülern mit Brückenangeboten in Biel kommt auf einen Betrag von ca. 800'000.– . Dieser Betrag kann aktuell vom Kanton weder bestätigt noch dementiert werden.

Andere, ursprünglich vorgeschlagene Entlastungsmassnahmen von denen die Stadt Biel nicht, ländliche Gemeinden aber umso mehr betroffen gewesen wären (Verzicht auf Beiträge des Kantons an die Schülertransportkosten: 4.2 Mio. CHF), wurden vom Grossen Rat abgelehnt. Es ist möglich, dass diese durch Massnahmen, welche für Biel spürbar sind, ersetzt werden.

Indirekt die Bildung betreffen die Kürzungen im Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA): Der Kanton kommt ab 2019 nicht mehr für die Praktikumslöhne im Bereich OKJA auf. In der Stadt Biel werden daraus aktuell sieben Praktikantinnen/Praktikanten bezahlt, meist arbeiten diese in den Quartierinfos. Es ist unklar, welche Leistungen künftig angeboten werden können.

4. *Ist der Gemeinderat auch der Meinung, dass die Gemeinden für die kantonalen Schulen zurzeit höhere Kosten übernehmen müssen, als vor 10 Jahren? Gibt es dazu rechtliche Grundlagen?*

(siehe Antwort zur Frage 5)

5. *Könnten diese Fakten mit dem Kanton neu verhandelt werden, z.B. bei der neuen Steuergesetzrevision?*

Die Aufteilung der Aufgaben für die Volksschule ist im Volksschulgesetz des Kantons Bern festgelegt (Inkrafttreten 1993, seither eine Reihe von Änderungen). Das Finanzierungsmodell der Volksschule hat sich mit der FILAG-Revision 2012 grundlegend geändert. Im neuen System werden die Gemeindeanteile im Verhältnis zu den beanspruchten Lehrerstunden berechnet. Ziel dieses Finanzierungssystem war es, zwei gegensätzliche Anforderungen zu erfüllen, nämlich einerseits Autonomie und finanzielle Eigenverantwortlichkeit auf Gemeindeebene vergrössern, andererseits einen solidarischen Ausgleich zwischen den Gemeinden schaffen. Der Kanton hat eine Erfolgskontrolle des Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich (FILAG) durchgeführt. Aus der Sicht des Regierungsrates be-

steht im Moment im Lastenausgleich Lehrergehälter Volksschule kein konkreter Handlungsbedarf. Die grosse Mehrheit der Gemeinden beurteilt dieses neue System als zweckmässig. Es sind eher die kleineren Gemeinden, die mit der Abgeltung pro Schüler und Schülerin nicht zufrieden sind, weil so kleine Klassen nicht mehr finanziert werden könnten. Die Stadt Biel hat diesbezüglich keine Nachteile.

Eine Verhandlung dieses Systems dürfte einen schweren Stand haben und es dürfte schwierig sein, andere tragbare Lösungen vorzuschlagen. Der Gemeinderat beurteilt es als zweckmässiger, sich gegen die im Rahmen des Entlastungspakets 2018 geplanten Verschiebungen der Kosten auf die Gemeinden zur Wehr zu setzen. Aus Sicht des Gemeinderates und des Verbands Bernischer Gemeinden (VBG) ist hier insbesondere die Lastenverschiebung bei den so genannten «Brückenangeboten» inakzeptabel und verstösst sowohl gegen Artikel 29b des FILAG als auch gegen den Grundsatz von Treu und Glauben.

6. *Werden die Aufwendungen der externen Schüler kostendeckend durch die Nachbarsgemeinden abgegolten?*

   Die für externe Schülerinnen und Schülern in Rechnung gestellten Beträge richten sich nach den kantonalen Vorgaben. Bei den Lehrergehälter gehen diese von der Aufteilung 70%/30% aus, diese sind für die Stadt Biel gerade kostendeckend. Hinzu kommen in Rechnung gestellte Beiträge für die Infrastruktur- und Betriebskosten von rund 3'700 CHF pro Schülerin und Jahr.

Biel, 17. Januar 2018

Namens des Gemeinderates

Der Stadtpräsident:	Die Stadtschreiberin:
Erich Fehr	Barbara Labbé

Beilage
- Interpellation 20170296

Vorstoss Nr./Interv. no: 170296
Termin GR/Délai CM: 8.01.18
Direktion/Direction: BKS
Mitbericht/Corapport: FID
Stadtkanzlei/Chancellerie municipale

Interpellation

Muss die Stadt Biel zu viel an die Kosten der kantonalen Schulen bezahlen?

Der Kanton Bern betreibt öffentliche Schulen (Primar- Sekundarschulen sowie weiterführende Schulen). Er bestimmt die Ziele und gibt Vorlagen, wie diese einzuhalten sind.
Allerdings müssen die Gemeinden an die öffentlichen Schulen viel bezahlen, ohne entsprechend Einfluss auf Ziele und Finanzen nehmen zu können. Durch die angekündigten Sparmassnahmen sind nun weitere finanzielle Verschiebungen durch den Kanton an die Gemeinden angesagt.
Wir ersuchen den Gemeinderat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Welchen prozentualen Kostenanteil muss die Stadt Biel für die Volksschulen in der Stadt übernehmen (Abgeltung Kanton, Schulmaterial, ICT, Schulsozialarbeit, Infrastruktur...) ?

2. Hat die Stadt Biel in der letzten Zeit zusätzliche, durch den Kanton nicht abgegoltene Kosten, übernehmen müssen?

3. Wo sind finanzielle Verschiebungen zu Ungunsten der Stadt Biel in der Bildung durch Sparmassnahmen des Kantons zu erwarten?

4. Ist der Gemeinderat auch der Meinung, dass die Gemeinden für die kantonalen Schulen zur Zeit höhere Kosten übernehmen müssen, als vor 10 Jahren? Gibt es dazu rechtliche Grundlagen?

5. Könnten diese Fakten mit dem Kanton neu verhandelt werden, z.B. bei der neuen Steuergesetzrevision?

6. Werden die Aufwendungen der externen Schüler kostendeckend durch die Nachbarsgemeinden abgegolten?

Biel, 21. September 2017,

A. Steinmann
Alfred Steinmann
SP-Juso Fraktion